



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 15
Dienstag, 11. November 2008
17:08 - 19:40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 25.11.08 (Zirkulationsweg)

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 44 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Susanne Kobler Rainer Schmidig Werner Schöni Marianne Schwyn Alfred Tappolet	SVP EVP SVP SP SVP
Anfang der Sitzung:	Katrin Hauser-Lauber	FDP
Schluss der Sitzung:	SR Veronika Heller Florian Hotz	Finanzreferentin jfsh

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	Seite 465
2	Postulat Edgar Zehnder (SVP): Aufwertung Verkehrsgarten	Seite 475
3	Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene Ansprüche - verpasste Chance?	Seite 482

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz (<i>Rückweisung in die SPK 04.03.08, gemäss SPK Präsident vom 20.05.08: Abwarten Schlussbericht Rheinufergestaltungsprozess</i>)	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
10.06.08	Bericht und Antrag Motion Erwin Sutter (EDU): „Finanzielle Hochrechnungen“	GPK
01.07.08	VdSR Weiterentwicklung der Altersbetreuung in der Stadt Schaffhausen	SPK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
06.09.08	Postulat Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen	
16.09.08	VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	
16.09.08	Motion Marianne Schwyn (SP): Betreffend Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private	
16.09.08	Budet 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	
18.09.08	Postulat Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept	
23.09.08	VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Gugerhalde/Trenschen	GPK
17.10.08	Motion Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln	
21.10.08	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	
21.10.08	VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	
21.10.08	VdSR Parkleitsystem	
04.11.08	VdSR Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL), Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse	GPK
11.11.08	Motion Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040	
11.11.08	Postulat Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	

2008 Kleine Anfragen:

12	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Teilnahme der Stadt Schaffhausen am Projekt des Bundesamtes für Sport „schweiz.bewegt“	01.07.08
14	Josef Eugster (SVP)	Zivilschutzanlage „Gega“: Belegung, Betriebs- und Sanierungskosten	26.08.08
15	Josef Eugster (SVP)	Entschädigung der Parlamentsmitglieder Grosser Stadtrat	26.08.08
16	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Vergabep Praxis der Stadt bei öffentlichen Bauprojekte	21.10.08

- 17 Christa Flückiger (SP) Ausserfamiliäre Kinderbetreuung für Schulkinder – ein vernachlässigtes Thema in der Stadt Schaffhausen? 28.10.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Bericht über die hängigen Motionen

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 1. April 2008 und die angepassten Anträge mit **42 : 1 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag über die hängigen Motionen vom 1. April 2008.
2. Weiter zu behandeln sind mit Fristverlängerung gemäss Paragraph 54, Abs. 2, bzw. 4 der Geschäftsordnung die Motionen:
 - Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
 - Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raumes (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
 - Rolf Amstad betreffend Dorfzentrum Herblingen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
 - Peter Wullschleger betreffend Gesunde und attraktive Finanzen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
 - Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
 - SPK Schönbühl betreffend Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
3. Als erledigt abgeschrieben werden die Motionen:
 - Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt
 - Bruno Merlo betreffend Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen
 - Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf
 - Edgar Mittler betreffend City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser
 - Dr. Gertrud Walch betreffend Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung

**Traktandum 2 Postulat Edgar Zehnder (SVP):
Aufwertung des Verkehrsgartens**

Das Postulat wird von Edgar Zehnder (SVP) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit **39 : 4 Stimmen** erheblich.

**Traktandum 3 Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP):
Bauland für gehobene Ansprüche – eine verpasste Chance?**

Die Interpellation wird von Dr. Raphaël Rohner (FDP) begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 15 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medienberichterstatler sowie der Gäste auf der Tribüne.

Der **Ratspräsident** gratuliert Jeanette Storrer und den gewählten Stadträten Urs Hunziker und Peter Neukomm für die grossartigen Sprünge in den Stadtrat und hofft, dass sie in den ihnen heute zugeteilten Referaten zum Wohle der Stadt Schaffhausen erspriesslich für die nächsten vier Jahre wirken können.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage von Christa Flückiger (SP) Nr. 17/2008: Ausserfamiliäre Kinderbetreuung für Schulkinder - ein vernachlässigtes Thema in der Stadt Schaffhausen? vom 28.10.08
- VdSR SHPL, Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse vom 04.11.08. Diese Vorlage wird gemäss Vorschlag des Büros der GPK zur Vorberatung zugewiesen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Sitzungsgeldabrechnung für die Periode 01.11.07-31.10.08

Zuweisung folgender Vorlagen in Spezialkommission:

- VdSR Parkleitsystem: Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 11er SPK, einladende Partei FDP/jfsh-Fraktion vor.
- VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09) und VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung vom 21.10.08: Das Büro schlägt vor, beide Vorlagen in der gleichen 13er SPK vorzubereiten, einladende Partei SVP/JSVP/EDU-Fraktion.

Alfons Cadario (EVP) beantragt in seinem Votum, diese Kommissionen nicht zu

bilden, da in zweieinhalb Wochen die Wahlen zur Verkleinerung des Parlaments stattfinden, das aktuelle Parlaments in fünf Wochen seine Arbeit beendet sowie die Debatte der Parlamentsreform anfangs Dezember stattfindet, welche zur Vorberatung von Vorlagen die Bildung von Fachkommissionen vorschlägt. Zudem haben die Stadträte kaum mehr freie Termine bis Jahresende; gemäss Auskunft von Herbert Bolli wird das Wasserwerk keine nennenswerten Verluste erleiden, wenn die Vorlagen erst anfangs Januar 2009 verhandelt werden.

Dr. Raphaël Rohner (FDP) ist der Meinung, dass der Antrag von Alfons Cadario sinnvoll sei und bittet darum, die Aufgaben, die tatsächlich in diesem Jahr noch dringend beraten werden müssen und in Spezialkommissionen bereits eindeutig geklärt wurden, zu Ende zu führen und in der alten Besetzung das in den Spezialkommissionen Beschlossene abzusegnen. Es mache keinen Sinn, grössere Kommissionen für Geschäfte, deren Beratungen auch im neuen Jahr fortgeführt werden, zu bestellen. Des Weiteren weist der Votant daraufhin, dass die SPK VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes zwar gebildet wurde, aber der Termin der ersten Sitzung einem Teil der Kommissionsmitglieder nicht passe. Es werde kaum möglich sein, an einer einzigen Sitzung zu einem sinnvollen und politisch tragfähigen Schluss zu kommen. Auch dieses Geschäft sollte im neuen Jahr aufgenommen und beraten werden, entweder von den bisherigen Kommissionsmitgliedern - sofern diese wieder gewählt werden - oder von deren Nachfolgern.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem von Alfons Cadario (EVP) gestellten Antrag einstimmig zu. Die *VdSR Parkleitsystem*, *VdSR Verordnung und Rahmentarife Wasser sowie VdSR Verordnung und Rahmentarife Siedlungsentwässerung* werden ab 01.01.09 zur Vorberatung überwiesen.

Dr. Raphaël Rohner (FDP) klärt auf, dass sein vorheriges Votum ebenfalls als Antrag zu verstehen sei; das Thema der VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes ist sehr brisant und die Fragestellung sehr komplex. Bereits im Vorfeld wurde seit Monaten viel darüber diskutiert. Dieser Bereich des öffentlichen Verkehrs muss mit Sorgfalt überprüft werden. Das aktuelle und auch das neue Parlament stehen in grosser Verantwortung. Der erste Sitzungstermin vom 4. Dezember 2008 sollte annulliert werden. Der Votant stellt den Antrag, die Vorberatung der VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes ebenfalls im Januar 2009 neu zuzuweisen.

Peter Möller (SP) ist überrascht von diesem Antrag. Die SPK wurde bereits gebildet und ein erstes Sitzungsdatum auf anfangs Dezember festgelegt. Ob die SPK an einer Sitzung das Geschäft abschliessend beraten wird, bezweifelt auch Peter Möller (SP) und stimmt seinem Vorredner zu. Das Geschäft ist zugewiesen, der Rat hat an der heutigen Sitzung nicht mehr darüber zu befinden.

SR Veronika Heller beantragt nach Abstimmung mit ihrem Nachfolger Peter Neukomm (SP), dass die SPK, zu der bereits eingeladen und die auch schon vorbereitet wurde, aus Gründen der betrieblichen Notwendigkeit abgehalten wird und bittet darum, die bestellte Kommission zu belassen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Dr. Raphaël Rohner mit 20 : 14 Stimmen gut. Die SPK *VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes* wird vom neu gewählten Grossen Stadtrat ab 01.01.09 erneut bestellt und die bereits gebildete

Kommission gestrichen.

Urs Tanner (SP) ergreift als SPK-Präsident der *VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen-Strukturreform Stadtschulrat* das Wort. Vor zwei Wochen ist die SPK zwar mit 9 : 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten, hat aber beschlossen, dass keine Detailberatung durchgeführt wird, weil niemand weiss, ob diese Vorlage bei einer Zustimmung des Volkes im Februar 2009 über das neue Schulgesetz nicht sogar gegenstandslos wird. Die SPK, Fachkommission und die Nachfolgerinnen und Nachfolger im Grossen Stadtrat werden anfangs Februar neu darüber entscheiden.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 14 vom 28.10.08 wurde vom Büro auf dem Zirkulationsweg geprüft und genehmigt und liegt wie üblich bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Persönliche Erklärung von Thomas Feurer (OeBS), designierter Stadtpräsident:

"Marcel Wenger hat uns 12 Jahre geführt und diesen Stadtrat mitgestaltet, für 11 Jahre gilt dies auch für Veronika Heller. Ich habe viel gelernt, sie waren kluge Leute. In diesem Sinne habe ich das Übergangsproblem gelöst; es werden zwei ebenfalls kluge Leute in Eure Fussstapfen treten, nämlich der hier anwesende Peter Neukomm und Jeanette Storrer.

Nach ihrer Wahl haben wir intensive Gespräche über die neue Zusammensetzung geführt und festgestellt, dass eine neue Generation kommt. Es sind 29 Jahre weniger, die jetzt neu am Tisch sitzen; ich hoffe, dass dies vor allem Frische beinhalten wird, ohne damit sagen zu wollen, dass Vero und Marcel dies nicht waren. Trotzdem glaube ich, dass Menschen, die mitten im Leben stehen und Verantwortung für Familien tragen auch andere Aspekte in ihre Arbeit einbringen werden. Ich freue mich ausserordentlich über die Klugheit und Übersicht, die wir bei beiden Gewählten angetroffen haben und freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Wir haben uns nach Einzelgesprächen, Diskussionen im Gremium und über Tätigkeiten neben dem neuen Stadtratsamt für einen Weg entschieden, den ich als Kontinuität und gleichzeitig auch Offenheit bezeichnen möchte. Peter Neukomm wird den Bereich Finanzen und Einwohnerdienste und Jeanette Storrer den neuen Bereich Soziales und Sicherheit analog dem Beispiel von St. Gallen übernehmen. Peter Käppler mussten wir mehr belasten, er hat im Vollamt mehr Zeit zur Verfügung und wird die Bereiche Stadtgärtnerei sowie Wald und Landschaft neu übernehmen, ein Bereich, der mit der Eingemeindung von Hemmental an Wichtigkeit gewinnen wird. Urs Hunziker wird im Sinne von Kontinuität die Bereiche Bildung und Betreuung behalten und bei Peter Käppler haben wir - nachdem er mit seinem jetzigen Arbeitgeber keine Interessenskonflikte mehr geltend machen kann - seine Kompetenzen bezüglich des öffentlichen Verkehrs wahrgenommen, indem er neu zuständig für die VBSH sein wird. Ich selbst nehme die Kulturbereiche mit sowie selbstverständlich auch die Führungsunterstützung. Ich bin sicher, dass wir eine gute

Auslegeordnung vorgenommen haben, und ich nenne ganz bewusst das Wort *Auslegeordnung*, weil wir noch keine abschliessende Diskussionen geführt haben; es gibt Optimierungsmöglichkeiten und -bedarf. Zwischen dem 14. und 16. Januar 2009 werden wir eine intensive Klausur abhalten und behalten uns vor, die interne Zusammensetzung der Bereiche zu korrigieren und anzupassen sowie auch die Existenz und Zusammensetzung der über 30 Kommissionen, mit denen ein wahrer Wildwuchs herrscht, zu überdenken. Wir möchten zugunsten des Stadtrates, aber auch zugunsten des verkleinerten Grossen Stadtrates mögliche Synergien prüfen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit meiner neuen Kollegin und meinen neuen Kollegen, und ich garantiere und versichere Ihnen, dass wir in allen Bereichen die nötige Offenheit haben und für die neu auf uns zukommenden Probleme, die sich bereits als dunkle Wolken am Horizont ankündigen, ein Konstrukt finden werden, das keine Konfrontationsstellung zwischen dem Stadtrat und dem Parlament bringt, sondern ein Miteinander, um in schwierigen Zeiten gemeinsam gute Lösungen zu erarbeiten. “

Traktandum 1 VdSR Bericht über die hängigen Motionen

Christoph Lenz (AL)

GPK-Sprecher

”Ich wurde von der GPK nicht nur beauftragt, das Geschäft vorzustellen, sondern in erster Linie den Stadtrat für die Art und Weise, wie er mit den hängigen Motionen umgeht, zu rügen. Es kann und darf weiterhin nicht angehen, dass Motionen weit über die gesetzlich festgelegte Frist hinaus in irgendeiner Schublade der Stadt verstauben und vermodern.

Bei den Motionen ist es eben nicht wie bei gutem Wein, sie werden nicht besser, wenn man sie länger nicht aus dem Keller holt. Ich kann dies mit dem ersten Beispiel der Motion von Heinz Sulzer demonstrieren: Als er diese Motion betreffend Nutzungsplan für das Gebiet der Altstadt einreichte, hat die Sowjetunion noch existiert und ich war noch im Kindergarten. Die Chance steht nicht so schlecht, dass ich meinen Universitätsabschluss bis zur Abschreibung der Motion erlangt habe.

Nebst der Rüge wurde mir auch die Aufgabe zugeteilt, im Namen der GPK die Vorlage „Bericht über die hängigen Motionen“ vorzustellen. Die GPK hat diese Vorlage in zwei Lesungen behandelt und gewisse Änderungen angebracht. Dort, wo die GPK den Anträgen des Stadtrates zugestimmt hat, erübrigt sich eine detaillierte Erklärung. Die Begründungen in der Vorlage sollten ausreichend sein. Da aber, wo die GPK einen SR-Antrag umgestossen hat, werde ich die Gründe der GPK erläutern. Dies betrifft namentlich die Motionen Sulzer, Bühl, Mittler und Rohner.

Motion Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt:

Die jahrgangsalteste Motion Sulzer datiert vom 9. Mai 1989 lädt den SR ein, einen generellen Nutzungsplan für die Altstadt zu erarbeiten. Der SR hat den Antrag gestellt, diese Motion abzuschreiben. Begründet wird dies damit, dass seit Einreichen der Motion verschiedene planerische Erhebungen und Entscheide getroffen wurden (siehe Details in der Vorlage).

Die GPK möchte Ihnen nun aber eine Fristverlängerung bis 31.12.2009 beliebt machen. Der Grund: Nächstes Jahr wird ein Entwicklungskonzept für die Altstadt erarbeitet. Darin soll gemäss Stadtverwaltung auch die Thematik “Rahmenplan

Altstadt" neu angegangen werden. Bericht und Antrag dürfen ebenfalls noch im nächsten Jahr erwartet werden. Damit könnte dann die Motion Sulzer nach 20 eher unfruchtbaren Dienstjahren abgeschrieben werden.

Motion Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone:

Die Motion Bühl beauftragt den SR zu Art. 34 der Bauordnung Ausführungsbestimmungen zu erlassen, welche insbesondere auch dem Grundsatz der Erhaltung und Förderung der Altstadtzone als Baudenkmal und Wohnquartier gerecht werden. Da der Motionär seinen Fokus auf die Funktion der Altstadt als Wohnquartier legt, soll auch diese Motion mit dem bei der Motion Sulzer bereits erwähnten Bericht und Antrag zum „Rahmenplan Altstadt“ abgeschrieben werden. Im Bericht zu den hängigen Motionen von 2006 ist nachzulesen, dass der SR schon damals auf diese Thematik hingewiesen hat. Deshalb erscheint es sinnvoll, mit der Abschreibung bis zum 31.12.2009 abzuwarten, bis Bericht und Antrag vorliegen und gemäss Antrag der GPK.

Motion Edgar Mittler betreffend City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser:

Die Motion Mittler beauftragt den Stadtrat, Bericht und Antrag zur Einführung einer City-Card zur vergünstigten Benutzung der Schaffhauser Kultur- und Sportstätten für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser zu unterbreiten. Der SR hat den Antrag gestellt diese Motion nicht abzuschreiben, weil derzeit zwischen Wirtschaftsförderung, Pro City, weiteren Verbänden und Vereinen Bestrebungen im Gange sind, eine City-Card als Kunden- und Tourismusförderungsinstrument einzuführen.

Für die GPK stellt dies eine grobe Verzerrung der ursprünglichen Intention der Motion Mittler dar. Aus der Zeit vor dem kantonalen Zentrumslastenausgleich stammend, forderte die Motion Mittler, dass Städter, die mit ihren Steuern die Zentrumsinfrastruktur tragen, nicht dieselben Eintritte zu bezahlen haben wie Leute aus den Trittbrettfahrer- und Speckgürtelgemeinden rund um die Stadt Schaffhausen, ein sehr berechtigtes Anliegen, dem aber durch den Zentrumslastenausgleich inzwischen Rechnung getragen worden ist.

Deshalb ist die GPK der Meinung, dass die Motion Mittler bedenkenlos abgeschrieben werden kann, weil sie durch den Zentrumslastenausgleich erfüllt ist.

Ich werde zur letzten Motion der Sammlung Stellung nehmen, sie betrifft die Motion Rohner zur Reorganisation des Stadtschulrates. Hier beantragt die GPK eine Verlängerung der Fristverlängerung bis zum 31.12.2010 wegen der zurzeit ungewissen Situation bezüglich Einführung der geleiteten Schulen sowie des neuen Schulgesetzes im Kanton Schaffhausen.

Rekapitulierend ergibt sich folgende Situation der mit Fristverlängerung gemäss Paragraph 54, Abs. 2, bzw. 4 der Geschäftsordnung weiter zu behandelnden Motionen:

- Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone (Fristverlängerung bis 31.12.2009)

- Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates (Fristverlängerung bis 31.12.2010)
- Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raumes (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Rolf Amstad betreffend Dorfzentrum Herblingen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Peter Wullschleger betreffend Gesunde und attraktive Finanzen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- SPK Schönbühl betreffend Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)

Als erledigt abgeschrieben werden die Motionen:

- Bruno Merlo betreffend Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen
- Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf
- Edgar Mittler betreffend City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser
- Dr. Gertrud Walch betreffend Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung

Stellungnahme der SP/AL-Fraktion:

Wir werden auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der GPK meist geschlossen zustimmen. “

Susanne Günter (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Ich danke Christoph Lenz für die Einführung und die Erläuterungen aus der GPK. Die **FDP/jfsh-Fraktion** ist für Eintreten auf die Vorlage. Wir haben die einzelnen Motionen überprüft, sind jedoch mit den GPK-Anträgen nicht überall einverstanden. Ich werde mich bei den betreffenden Motionen jeweils wieder zu Wort melden und Antrag gemäss Meinung der Fraktion stellen. “

Alfred Zollinger (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der GPK zustimmen. Wir verbinden das Ganze mit der Hoffnung, dass der Stadtrat in der neuen Zusammensetzung überwiesene Motionen und neu auch überwiesene Postulate fristgerecht bearbeiten wird. Es ist schade, wenn persönliche Vorstösse in der Schublade schlummern. Falls gewisse Forderungen nicht erfüllt werden können, wäre ein Zwischenbericht mit Angabe von Gründen sehr nützlich, welcher nicht erst zum Bericht und Antrag über die hängigen Motionen erfolgen sollte. “

Alfons Cadario (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und grossmehrheitlich den Anträgen der GPK zustimmen. “

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

”Ich möchte mich kurz zum Thema wie folgt äussern: Seit 8 Jahren bin ich in diesem Rat, andere sind schon länger dabei, und davor waren es weitere Generationen. Es

ist immer das gleiche Szenario mit der Rüge an den Stadtrat, welche ohne Sanktionen überhaupt nichts bringt. Für mich als Vater von drei Kinder ist es klar, wie es herauskommt, wenn ich meine Kinder rüge - Sie wissen es auch, sobald ich mich abwende, werden sie über mich lachen, und ich kann bald mein Erziehungsrecht an den Staat abgeben. In der Privatwirtschaft würden solche Situationen - die Pflichten werden über Jahre nicht eingehalten - garantiert zu Lohnkürzungen führen, mindestens im Nicht-Bankenbereich.

Es ist die Pflicht des Stadtrats, überwiesene Motionen und Postulate fristgerecht abzugeben; wir müssen uns im Rat überlegen, wie wir in Zukunft damit umgehen wollen, ohne uns vor dem Stadtrat und schlussendlich vor dem Volk lächerlich zu machen. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Ich nehme die Rüge namens des Stadtrates sehr gerne entgegen und habe Verständnis dafür. Ich habe dies bereits seinerzeit während meiner 8-jährigen GPK-Tätigkeit und als Parlamentarier kritisiert. Der Bericht der Motionen wurde dann aber verstetigt, früher erfolgte er einmal pro Legislatur, was mir vernünftiger erscheint. Im Hinblick auf das Alter der Motionen haben Sie Recht, sie hätten mit einem schlüssigen Zwischenbericht grosszügiger abgeschrieben werden können.

Der Stadtrat hat politisch immer zugunsten der Motionen entschieden, obwohl diese im streng rechtlichen Sinn Vorstösse sind, mit denen der GrSR nur im Rechtssetzungsbereich etwas erwirken kann. Es sind aber auch viele politische und strategische Themen sowie das Heranwagen an Daueraufgaben vor den Stadtrat getragen worden.

Diese eisgrauen alten Motionen Bühl und Sulzer gehen wirklich auf die Zeit der Sowjetrepublik zurück und atmen den Geist der Planwirtschaft - ohne den Motionären zu nahe treten zu wollen. 1989 hatten wir die Situation in der Stadt Schaffhausen - unter dem Eindruck der 2. Säule - dass Versicherungsgesellschaften zu übersteuerten Preisen sämtliche Altstadtliegenschaften aufkauften und zur Gewinnmaximierung bis unter die Dächer Dienstleistungsräume einrichteten. Das Wohnen in der Altstadt wurde damit verunmöglicht. Es wurden Brandmauern eingerissen, die Computeranlagen der Kantonalbank haben sich bis in die äussere Vorstadt ausgedehnt und als die Warenhäuser (beispielsweise die EPA) in die Altstadt zogen, wurden ganze Liegenschaften ausgekernt. Es wurde ein riesengrosses Produkt geschaffen, das mit der Feingliedrigkeit der Altstadt überhaupt nichts zu tun hatte. Es ist ein planerisches, aber auch ein volkswirtschaftliches Problem, das Heinz Sulzer mit seiner Motion lösen wollte, indem er die Nutzung mit einem planwirtschaftlichen Gedanken beschränken wollte.

Heute leben wir in einer völlig anderen Welt. Die Leute sind vernünftiger geworden, das Wohnen in der Altstadt ist wieder erblüht und die Nutzungsdurchmischung hat sich verbessert. Wohnen in der Stadt liegt im Trend. Aber die Motionen sind immer noch vorhanden. Ich gebe Ihnen für die Zukunft den Ratschlag, Motionen einerseits nur dann einzureichen, wenn ein Rechtssatz oder eine Verordnung, die in der Kompetenz des Grossen Stadtrats liegt, verändert werden soll. Sämtliche anderen Forderungen sollten über das Postulat, die Interpellation oder die Kleine Anfrage eingereicht werden. In der Zeit vor der Erfindung des Postulats wurde das Instrument der Motion überdehnt, und deswegen haben wir heute Daueraufgaben, die per Motion erklärt und politische Absichtserklärungen und Strategien, die per Motion

verlangt wurden. In einem Sammelantrag müssten diese Motionen eigentlich beschrieben werden, anstatt immer wieder auf dem Stadtrat herumzuhacken. Trotzdem werde ich den Antrag auf die Rüge an den Stadtrat zu verzichten nicht stellen. Sie müssen aber auch die Seite des Stadtrates in Ihre Betrachtung miteinbeziehen, der sich schon wieder mit der Stellungnahme auf neu eingereichte Motionen zu befassen hat.

Die Motion war lange Zeit ein Ventil für den politischen Gestaltungswillen des Grossen Stadtrates. Es kommt jetzt hoffentlich eine neue Zeit - Sie haben neue Möglichkeiten mit dem Strategiegespräch, sofern Sie die Parlamentsreformvorschläge genehmigen oder mit den Fachkommissionen, um gewisse Ziele zu verfolgen. Bitte nutzen Sie diese Möglichkeiten und entlasten Sie den Stadtrat von dieser Sorge. Es ist dem Stadtrat mit einem so grossen Klotz am Bein auch nicht wohl. Dies kann ich Ihnen versichern.

Im Übrigen stimmt der Stadtrat mit den Anträgen der GPK überein und bedankt sich für die Diskussion, die wir zu diesem Geschäft in der GPK geführt haben. Wir bitten Sie, diese Anträge zu Beschluss zu erheben. Sollte materiell zu den einzelnen Vorhaben der Motionen die Diskussion gewünscht werden, bin ich selbstverständlich bereit, meinen Beitrag zu leisten. Ich weise daraufhin, dass es Fachstadträte gibt, die zu diesen einzelnen Bereichen Stellung nehmen können. Im Sinne einer Dienstleistung aus der Stadtkanzlei haben wir sämtliche Erledigungsvorschläge zu den Motionen aus den Fachbereichen zusammengetragen und daraus eine Sammelvorlage erarbeitet, weshalb ich heute als Vertreter dieser Sammelvorlage vor Ihnen stehe.

Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen, wenn Sie dem SR eine Rüge erteilen - es ist ein Stück unseres täglichen Brotes, Rügen entgegen zu nehmen. Trotzdem könnten Sie den SR - vielleicht bei einer anderen Gelegenheit - auch wieder einmal loben. “

DETAILBERATUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

Die **1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, verliest die Seiten 1-15 wie folgt:

Seite 2, Motion Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt:

Antrag SR: Motion abschreiben

Antrag GPK: Fristverlängerung bis 31.12.2009

Christian Bächtold (FDP):

”Die **FDP/jfsh-Fraktion** unterstützt den Antrag auf Abschreibung der Motion Sulzer. Mit der Realisierung des Bushofes und des Landhaus Kiefer Areals, der Planung Bleiche und AMAG, der Schulraumplanung, den Projektierungen im Mühlental mit dem bereits realisierten Bürogebäude Durachpark und den Vorlagen Parkleitsystem und Ausbau und Erhalt des Trolleybusnetzes hat sich die Motion selbst erledigt. Aus heutiger Sicht wäre die Erstellung eines Nutzungsplans unnütze Arbeit und ein Leerlauf. Vor 20 Jahren hätte er allerdings Sinn gemacht. Die FDP/jfsh-Fraktion sind für Abschreibung. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat befürwortet den Vorschlag des Stadtrates und heisst die Abschreibung der Motion mit 24 : 13 Stimmen gut.

Seite 3, Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone:

Antrag SR: Motion abschreiben

Antrag GPK: Fristverlängerung bis 31.12.2009

Christian Bächtold (FDP):

„Auch hier unterstützt die **FDP/jfsh-Fraktion** den Stadtrat mit der Abschreibung der Motion Bühl. Auf dem Gebiet Erhaltung und Förderung der Altstadtzone haben wir mit Denkmalpflege, Heimatschutz und Stadtbildkommission schon mehr als genug Institutionen, welche sich um die Erhaltung der Altstadt kümmern. Es braucht nicht noch zusätzlich geschriebene Einschränkungen, welche sowieso je nach Zuständigkeit der jeweiligen Person willkürlich interpretiert würden. Altstadtsanierungen sind ein laufender Prozess und passen nicht in ein eng geschnürtes Korsett. Auch hier sind wir für Abschreibung.“

Christoph Lenz (AL):

„Wenn Sie so weiterfahren, müssen wir wirklich bald nicht mehr rügen. Das Ziel der Fristverlängerung ist nicht dem Stadtrat Arbeit abzunehmen; das Ziel ist es, dass der SR verpflichtet wird, abermals mit einem Grossstadtratsentscheid die Thematik Rahmenplan, wie bereits 2006 angekündigt, anzugehen. In den vergangenen zwei Jahren ist nichts passiert; es wäre nun langsam an der Zeit, dass etwas geschieht. Deshalb hat sich die GPK entschieden, diese zwei Motionen aufrecht zu erhalten, um ein Faustpfand - eine Verpflichtung - in der Hand zu haben.“

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat befürwortet den Vorschlag der GPK und heisst die bis 31.12.2009 vorgeschlagene Fristverlängerung mit 20 : 19 Stimmen gut.

Keine Wortmeldungen zu folgenden Motionen:

- Seite 4, Motion Bruno Merlo: Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen
- Seite 5, Bernhard Egli: Güterhof im Dornröschenschlaf

Seite 6, Motion Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates:

Antrag SR: Fristverlängerung bis 31.12.2009

Antrag GPK: Fristverlängerung bis 2010

Urs Tanner (SP):

„Mit dem Eintreten der SPK VdSR geleitete Schulen vor zwei Wochen könnte diese Motion theoretisch abgeschrieben werden. Ich überlasse es der Weisheit des Rates, darüber zu entscheiden.“

Dr. Raphaël Rohner (FDP) meldet sich als Motionär zu Wort und zeigt sich mit dem Kompromiss einer Fristverlängerung bis 31.12.2009 einverstanden.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat befürwortet den Vorschlag des Stadtrates und heisst die bis

31.12.2009 vorgeschlagene Fristverlängerung mit 31 : 4 Stimmen gut.

Keine Wortmeldungen zu folgenden Motionen:

- Seite 7, Thomas Neukomm: Gestaltung des öffentlichen Raumes
- Seite 8, Rolf Amstad: Dorfzentrum Herblingen
- Seite 9, Peter Wullschleger: Gesunde und attraktive Finanzen
- Seite 10, Jakob Deppe: Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen

Seite 11, Motion Edgar Mittler betreffend City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser:

Antrag SR: Fristverlängerung ist 31.12.2009

Antrag GPK: Motion abschreiben

Susanne Günter (FDP):

”Zwischenzeitlich ist schon einiges in Bewegung geraten; wir von der **FDP/jfsh-Fraktion** sind jedoch der Meinung, dass das Ziel der Motion noch nicht erreicht ist. Forderungen wie beispielsweise Vergünstigungen bei Eintritten für die Stadtbewohner ins Theater, die KSS oder ins Museum sind auch im Projekt, das die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der Stadt bearbeitet, noch nicht erfüllt. Die Wirtschaftsförderung hat eine Projektleitung eingesetzt, und diese hat ihre Pläne über die Einführung einer City Card an einer Orientierungsversammlung im September 08 der Pro City vorgestellt. Die Reaktionen sind bisher noch nicht bekannt. Aus den Zielen der Projektleitung ist zu erkennen, dass eine City Card vielerlei Aufgabengebiete abdecken und die Anwendung sehr komplex ausgestaltet werden sollte. Es wird eine eingehende Prüfung eines Kundenkartensystems zur Attraktivierung der Schaffhauser Altstadt stattfinden und dabei sind viele Möglichkeiten offen. Erst kürzlich im Oktober 08 wurde eine Umfrage bei der Pro City über eine Beteiligung an einem solchen System gestartet, die Auswertung liegt jedoch noch nicht vor. In der Argumentation der GPK zur Abschreibung der Motion wird gesagt, dass im Rahmen des Lastenausgleichs des Bundes und des Umsetzungsprogramms der neuen Regionalpolitik (NRP) genügend Anschub geleistet wird und die Motion damit abgeschrieben werden kann. Für Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sind jedoch die oben erwähnten Vergünstigungen noch lange nicht erfüllt, auch nicht mit dem Zentrumslastenausgleich. Wir bitten Sie deshalb der Organisation noch etwas Zeit einzuräumen und bitten Sie, der Empfehlung des Stadtrates folgend, die Motion zu verlängern. Ich stelle daher den Antrag auf Verlängerung der Motion bis 31.12.09. “

Christoph Lenz (AL):

”Das geballte juristische Wissen Ihrer Fraktion respektierend, möchte ich Susanne Günter daraufhinweisen, dass ich nicht glaube, dass mit der Motion Edgar Mittler die Einführung einer Kundenkarte in der Stadt Schaffhausen gerechtfertigt werden kann. Es geht eindeutig um Eintritte in Kultur- und Sportstätten und in keiner Weise um ein „Cumulus-System“ für der Pro City angegliederte Betriebe oder drittes Gewerbe. Die ursprünglich vorgesehene Nutzung der City Card ist zweckentfremdet worden, daher ist eine Abschreibung gerechtfertigt. “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Wie bereits erwähnt, befürwortet der SR die GPK-Anträge. Bei der City Card handelt es sich um ein Instrument, das damals mitten in der Diskussion um die

Zentrumslastenabgeltung eingeführt werden sollte. Damit wollte Edgar Mittler einen Weg beschreiten, um die Zentrumslastenabgeltung zu erreichen und vor allem Personen, die nicht in der Stadt Schaffhausen wohnen, mit den Zentrumsleistungen verstärkt zur Kasse zu bitten. Ich nenne Ihnen folgendes Beispiel: Die Einführung der Museumsgrundgebühr. Wir haben festgestellt, dass das Thema nach der Einführung des Zentrumslastenausgleichs sowohl vom Kanton wie von Seiten anderer Kantone "als abzuschaffen" wieder aufgenommen wurde. Wir haben heute diesen Zentrumslastenausgleich unter Führung des Volkswirtschaftsdirektors eingeführt; dieser präsentiert sich allerdings unterschiedlich zu der von E. Mittler vorgesehenen Forderung. Die Stadt profitiert mit Fr. 1.5 Mio. weniger Aufwand an die Polizeilasten und rund Fr. 0.7-0.9 Mio. weniger im Finanzausgleich; dafür wurde ein sogenannter Ausgleich für die Lasten der Weite eingeführt. Es fand ein politischer Kompromiss statt, der zum Zentrumslastenausgleich des Kantons Schaffhausen führte. Möchten Sie jetzt auf die ursprüngliche Idee von E. Mittler zurückkommen, kann ich Ihnen nur sagen, dass dies eine "Mission impossible" ist und politisch den Zentrumslastenausgleich ins Schlingern bringt. Ich frage Sie: Wollen Sie dies wirklich? Ich muss Ihnen sagen, dass ich nach reiflicher Überlegung und mit der Unterstützung vom SR zur Überzeugung gekommen bin, den Antrag der GPK zu unterstützen. "

Edgar Zehnder (SVP):

"Im Kantonsrat hat der Finanzausgleich einen ganz anderen Sinn gehabt. Es ist nicht so, dass vor allem die Stadtvertreter damit gleichzeitig die City Card abschaffen konnten oder wollten. Der Finanzausgleich gilt nur für den Kanton und kommt von den Gemeinden. Der Rest - ich denke an die KSS oder an die Museen und das Stadttheater, oft besucht aus der Zürcher oder nahe liegenden deutschen Region - ist nicht im Lastenausgleich enthalten. Die Idee der City Card besteht nicht unbedingt in einer Verteuerung für andere Benutzer, sondern darin, dass Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser, welche die Zeche mit dem Kantons- und dem städtischen Beitrag bezahlen, entlastet würden, das heisst billiger für die Stadt- und auf dem gleichen Niveau wie die Kantonsbewohner. Diese Idee muss beibehalten werden. "

Christian Hablützel (SP):

"Die Motion sollte abgeschrieben werden, sie ist überholt. Ich schlage vor, nicht wie in der Motion vorgesehen zum Giesskannenprinzip zu greifen, sondern uns dem Beispiel der Stadt Zürich mit ihrem System der Vergünstigung für städtische Kultur- und Sporteinrichtungen anzuschliessen und eine Kulturlegi zu schaffen, die all denjenigen ausgehändigt wird, die Sozialleistungen, Ergänzungsleistungen und AHV-Ergänzungsleistungen beziehen, weil sie zur Kundengruppe gehören, die Kultur- und Sporteinrichtungen am wenigsten aus eigener Kraft finanzieren können, und wir hätten damit ganz im Sinne der bürgerlichen Meinung die finanziellen Mittel dorthin geleitet, wo sie auch hingehören und Bedarf besteht. "

Iren Eichenberger (OeBS):

"Edgar Zehnder hat mich ebenfalls als Vertreterin im kantonalen Parlament angesprochen. Aber ich bin entschieden anderer Meinung. Ich war in dieser SPK Umsetzung NFA und kantonales internes Ausgleichssystems. Dort herrschte ganz klar die Idee, eine gegenseitige Rechnung aufzustellen, welche uns der Volkswirtschaftsdirektor sehr plausibel auseinandersetzte und die den weisen Schluss als Ergebnis brachte. Es wäre absolut ungeschickt und strategisch wenig sinnvoll, wieder eine City Card zu thematisieren. Wir würden damit die Diplomatie verletzen und die Gemeinden animieren, ihrerseits erneute Forderungen zu stellen.

Dies kann nicht in unserem Interesse sein. Was unschön ist, dass es sich nur um eine kantonale Ausgleichsgeschichte handelt und der sogenannte Speckgürtel rundherum geschont wird. Ich denke, da müssten wir eigene Abkommen treffen, und ich bin der Meinung, dass der Weg über die City Card uns da sicher nicht weiterhilft."

Alfred Zollinger (SVP):

"Ich bin erstaunt über gewisse Kantonsrätinnen und -räte. In der Vorlage, Seite 11, Abschnitt 2, steht klar *"Neben den traditionellen Beiträgen an das Museum zu Allerheiligen, das Stadttheater und die Stadtbibliothek leistet der Kanton Schaffhausen damit nun auch permanent einen spürbaren Beitrag an die übrigen ungedeckten Kosten der Zentrumsfunktionen der Stadt Schaffhausen"*. Im Budget können Sie sämtliche Beiträge finden, die überwiesen werden; die übrigen ungedeckten Kosten sind klar abgegolten. Im Zusammenhang mit der ominösen KSS-Vorlage bin ich mit der finanziellen Unterstützung von Fr. 1,5 Mio. gar nicht glücklich; aber Gespräche mit dem Kanton brachten deutlich zum Ausdruck, dass dies und vieles mehr mit dem Zentrumslastenausgleich abgegolten sei. Jetzt können wir sicherlich keine City Card kreieren. Das neue Projekt ist eine reine Einkaufskarte, weil ich in der Altstadt bei den Schaffhauser Detaillisten einkaufe und nicht weil ich Stadtschaffhauser bin. Für die Einführung dieser Karte muss aber erst noch die notwendige Anzahl Interessenten gefunden werden. "

Roland Schöttle (parteilos):

"Der Stadtpräsident hat mich mit seinen Ausführungen über die neuen Regelungen des Lastenausgleichs überzeugt. Edgar Zehnder plädiert für eine Vergünstigung für die Stadtschaffhauserinnen und -schaffhauser in einzelnen Institutionen. Es soll dabei nicht teurer werden für Auswärtige, sondern günstiger für Einheimische. Dazu kann ich nur sagen, dass bei einer Umsetzung die Rechnung dieser Institutionen schlechter ausfallen würde, was wiederum die Einheimischen bezahlen müssten; somit würde sich der Hund selbst in den Schwanz beißen. Wir sollten damit aufhören. "

Kurt Zubler (SP):

"Ich bitte Sie den GPK-Antrag anzunehmen. Ich war schon damals gegen eine Überweisung der Motion. Kleinliche Kärtli-Systeme müssen abgeschafft werden und das Anrufen der Zürcher Gemeinden, die davon profitieren, aufhören. Wir Schaffhauser profitieren sehr wohl von diversen Dienstleistungen in Zürich, viele Schaffhauser studieren dort oder pendeln jeden Tag zur Arbeit. Wenn jedes Gemeinwesen seine City Card einführen würde, um Unterschiede der steuerlichen Belastungen damit auszugleichen, müssen wir aufpassen, dass wir nicht plötzlich auf der Verliererseite sitzen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

"Ich weise Sie daraufhin, dass wir heute nicht materiell über Geschäfte diskutieren, sondern einzig und allein darüber zu entscheiden haben, ob wir einem erheblich erklärten und überwiesenen Vorstoss eine Fristverlängerung gewähren oder nicht oder ob dieser abgeschrieben wird. Dazu gibt es Gründe, die dafür oder dagegen sprechen. Alles, was wir in der letzten Viertelstunde gehört haben, ist ein Zurückkommen auf Diskussionen, die bereits geführt wurden, mit Ausnahme des Votums von Iren Eichenberger. Ich bitte Sie dies bei den nächsten noch zu diskutierenden Verlängerungen oder Abschreibungen zu beherzigen. Wir können materiell darüber debattieren, wenn eine Vorlage vorliegt. Ein Rückkommen auf das vor zwei Jahren bereits Gesagte bringt nichts. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat befürwortet den Antrag der GPK und heisst die Abschreibung der Motion mit 36 : 5 Stimmen gut.

Keine Wortmeldungen zu folgenden Motionen:

- Seite 13, Dr. Gertrud Walch: Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung
- Seite 14/Seite 15, SPK Schönbühl: Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt Schaffhausen

Die abgeänderten Anträge werden von der **1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, wie folgt verlesen:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag über die hängigen Motionen vom 1. April 2008. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

2. Weiter zu behandeln sind mit Fristverlängerung gemäss Paragraph 54, Abs. 2, bzw. 4 der Geschäftsordnung die Motionen:

- Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Dr. Raphaël Rohner betreffend Reorganisation des Stadtschulrates (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raumes (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Rolf Amstad betreffend Dorfzentrum Herblingen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Peter Wullschleger betreffend Gesunde und attraktive Finanzen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- Jakob Deppe betreffend Mittagstische für alle Quartierschulhäuser in Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)
- SPK Schönbühl betreffend Finanzierung der zukünftigen Investitionen der Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2009)

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Als erledigt abgeschrieben werden die Motionen:

- Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt
- Bruno Merlo betreffend Finanzielle Entlastung der Stadt Schaffhausen
- Bernhard Egli betreffend Güterhof im Dornröschenschlaf
- Edgar Mittler betreffend City-Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser
- Dr. Gertrud Walch betreffend Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die VdSR Bericht über die hängigen Motionen vom 1. April 2008 und die anlässlich der Ratssitzung vom 11.11.08 angepassten Änderungen mit **42 : 1 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Postulat Edgar Zehnder (SVP): Aufwertung Verkehrsgarten**Edgar Zehnder (SVP)****Begründung**

"Wenn ich nicht überzeugt wäre, dass das Postulat eine gute Sache für unsere Kinder ist, hätte ich verzichtet, es einzureichen, zumal die Umsetzung sehr lange dauern kann oder das Postulat sogar abgeschrieben wird, weil es in Vergessenheit geraten ist. Ich hoffe nun aber, dass ich es während meiner politischen Amtszeit noch erleben werde; das ist der Grund, warum ich das Postulat eingereicht habe.

Wann waren Sie das letzte Mal im Verkehrsgarten? Bei mir sind es fast 40 Jahre her. Ich habe jetzt durch meine Kinder den Verkehrsgarten wiederentdeckt. Die meisten von Ihnen kennen diesen Ort aus ihrer Schulzeit; es sieht immer noch gleich aus wie damals. Für ein Bauwerk sind 40 Jahre ein stolzes, aber gleichzeitig auch bedenkliches Alter; man dürfte auch mal etwas daran verändern. Die Bodenmarkierungen sind nicht mehr gut ersichtlich, vor allem im Herbst mit den vielen Blättern am Boden und die Baumwurzeln kämpfen sich durch den Belag. Topographische Veränderungen könnte man allerdings mit baulichen Massnahmen besser anstatt mit Löchern im Belag erreichen.

Vor 50 Jahren gab es in der Schweiz noch nicht über 4 Millionen immatrikulierte Autos wie heute, einige davon natürlich auch in Schaffhausen. Die Anforderungen und die Gefahren im Strassenverkehr haben sich drastisch verändert, ebenso die Signalisationen, das Verkehrsregime und die baulichen Massnahmen wie beispielsweise die umstrittenen roten Sperrflächen sowie die Velowege. Im Verkehrsgarten drängt sich eine Anpassung ebenfalls auf. Die Steuerung der Lichtsignalanlage kommt ins Grossmutteralter und hat gewisse Krankheiten, das Steuergerät ist nicht mehr tauglich.

Der Verkehrsgarten ist heute immer noch ein sehr beliebter Spielplatz, vor allem für kleinere Kinder. Sie haben die Möglichkeit, in einem geschützten abgeschlossenen Bereich eine ihrem Alter angepasste Verkehrstauglichkeit zu erlernen, obwohl Kindern, die noch unsicher velofahren, auch im geschützten Rahmen eine gewisse Unfallgefahr droht.

Trotz 30-Tempo-Zonen in vielen Quartieren ist es allgemein sehr gefährlich für Kinder, da sie vom Personen- und Lastwagenverkehr oft übersehen werden. Rund um den Verkehrsgarten finden auf den teilweise abgesperrten Strassen Verkehrsschulungen statt; diese sind für die Polizei sehr personalintensiv, erfordern Absperrungen und nicht jeder Polizist ist im Umgang mit Kindern geübt und bringt das nötige Verständnis für die entstehenden Gefahren auf.

Alle diese Gründe sprechen für eine Aufwertung des Verkehrsgartens, der sehr schön im Grünen integriert ist. Die Löcher im Belag müssen repariert werden, die Lichtsignalanlagen brennen Tag und Nacht und könnten mit einer einfachen Zeituhr reguliert werden. Topographisch könnten beispielsweise Elemente für das Erlernen von Auf- und Abwärtsfahren eingebaut werden. Experten müssten die Neugestaltung

sorgfältig überprüfen und an den heutigen Stand des Verkehrs anpassen.

Der SR wäre gut beraten, verschiedene Verbände zu kontaktieren, wie zum Beispiel den VCS, TCS oder die IG Velo, allenfalls könnten diese sogar für Unterstützungsbeiträge angefragt werden. Ich hoffe, dass Sie diesen Vorstoss unterstützen werden.

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

"In meiner Eigenschaft als Sicherheitsreferent und Chef der Verwaltungspolizei darf ich Ihnen die Stellungnahme aus dem Stadtrat wie folgt vorstellen:

Ausgangslage:

Mit dem Postulat vom 1. Juli 2008 lädt Edgar Zehnder den Stadtrat ein, den Verkehrsgarten auf der Breite den heutigen Verhältnissen betreffend Ausbaustandard und Verkehrsregeln anzupassen. Er möchte einen möglichst raschen Beginn von Planung und Neubau, *"damit die alte ausgediente Anlage wieder zur Ausbildung für unsere jugendlichen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verwendet werden kann"*.

Auch dem Stadtrat ist bekannt, dass der Verkehrsgarten - neben der Verkehrsinstruktion auf dem bestehenden Strassennetz - vor allem für Kinder im Vorschulalter und damit für Familien, die ihre Kinder im geschützten Rahmen an das heutige Strassenbild gewöhnen wollen, eine rege benutzte Einrichtung ist. Allerdings ist die heutige Anlage auf der Breite weder standortgebunden, noch auf dem neusten Stand. Für die Aufwertung sprechen aber die Vorinvestitionen und der gut erreichbare Standort.

Rechtliche Erwägungen und Finanzielles:

Um es gleich vorweg zu nehmen, der Stadtrat beantragt dem Grossen Stadtrat, das Postulat Zehnder entgegen zu nehmen. Aber ganz so einfach und ohne Ergänzung des Postulatstextes geht es nicht, denn der Verkehrsgarten ist seit der Annahme des neuen Polizeiorganisationsgesetzes (POG) vom 21. Februar 2000 und der darauf basierenden Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Schaffhausen und dem Stadtrat der Stadt Schaffhausen über die Zusammenarbeit zwischen der Schaffhauser Polizei und der Verwaltungspolizei vom 19. Dezember 2000 und den damit beschlossenen Bereichsvereinbarungen mit der Erlasnummer 400.02 (Kompetenzabgrenzung) ein Mittel, mit dem die Schaffhauser Polizei die ihr zugeordnete Aufgabe der Verkehrsinstruktion erfüllen kann.

Der Art. 8 des Polizeiorganisationsgesetzes ordnet in Abs. 1 lit c die Verkehrspolizei generell und flächendeckend in allen Belangen des rollenden Verkehrs der Schaffhauser Polizei zu. In der Kompetenzabgrenzung wird auch die "Verkehrsinstruktion in Schulen und bei Organisationen" in die Kompetenz der Schaffhauser Polizei verwiesen, so dass als Bestellerin für eine Erneuerung des Verkehrsgartens - insbesondere wegen des für die Verkehrserziehung notwendigen Fachwissens - seit dem neuen POG ganz klar die Schaffhauser Polizei zuständig ist.

Nachdem der Stadtrat die Lagebeurteilung des Postulanten betreffend die Erneuerungsbedürftigkeit der Anlagen im Verkehrsgarten weitgehend teilt, wäre die alleinige Berufung auf die kantonale Kompetenz in Fragen der Verkehrserziehung nicht zielführend. Sie würde nämlich dazu führen, dass die Frage punkto Finanzierung zunächst durch die bestellende Verkehrspolizei beantwortet werden

müsste. Nur - und hier ortet der Stadtrat ein Problem - die Verkehrspolizei hat für eine Bestellung nicht die geringste Lust, weil üblicherweise damit auch Kostenfolgen verbunden sein dürften.

In seinem Schreiben vom 27. August 2008 nimmt der Stabsjurist der Schaffhauser Polizei zum Postulat Stellung und bringt mit seinem Schreiben zum Ausdruck, dass die SHPol eine massvolle Modernisierung und Wiederinstandstellung einer Totalüberarbeitung mit Einführung einer Vielzahl von neuen technischen Raffinessen vorzöge. Auch werden Vorschläge für die Wiederinstandstellung gemacht, mit einem Katalog von aus der Sicht der SHPol geeigneten Modifikationen wie:

- Einbau von Steigungen und Gefällen
- Kleinere Strecken mit unbefestigtem Weg
- Bodenmarkierungen mit Rechtsvortritt
- Einbau eines Handmeldetasters bei Revision der Signalanlage
- Bodenmarkierungen für das Linksabbiegen
- Errichten einer öffentlichen Toilettenanlage in der näheren Umgebung

Indessen kommt mit dem Schreiben klar und unmissverständlich zum Ausdruck, dass es aus der Sicht der Schaffhauser Polizei wegen der Eigentumsverhältnisse allein die Stadt sein soll, welche die finanziellen Folgen der Bestellung zu tragen habe. Im Vorfeld der Abklärungen zur Beantwortung des Postulats zeigt sich in der Frage der Finanzierung der Erneuerung in der Tat ein Problem, das gelöst werden muss. Und ganz ohne Beteiligung der Bestellerin und der Nutzerin Schaffhauser Verkehrspolizei kann es nach Massgabe des Stadtrates nicht gehen. Es wird bei der Aufbereitung der Vorlage zur Erneuerung des Verkehrsgartens darum gehen, dass die Stadt zumindest ein Nutzungsentgelt für die von ihr zu tätigen Investitionen verrechnen kann. Dass sie als Eigentümerin des Verkehrsgartens die nötigen Investitionen ganz oder teilweise aufzubringen haben wird, scheint für den Stadtrat solange die logische Folge zu sein, als der sachen- und eigentumsrechtliche Satz, dass das, was an der Oberfläche steht, dem Eigentum des Grundes folgen soll, Bestand hat. Würde man davon abweichen, käme wegen der Zuständigkeit zur Verkehrserziehung nur eine Baurechtsvorlage in Frage, mit der die kantonale Verkehrspolizei den Verkehrsgarten in ihr Eigentum überführen könnte.

Selbstverständlich würde der Stadtrat bei den Verhandlungen über die Finanzierung der Erneuerung des Verkehrsgartens auch eine solche Lösung nicht ausschliessen. Aber mit Blick auf die längerfristige Öffnung der Parkanlage Belair und der geplanten Ausweitung für das Publikum im Rahmen der Planungen des Projektes PASS ist eine weitere Zersplitterung der Eigentumsverhältnisse in dieser ZÖBAG nicht empfehlenswert. Der Stadtrat favorisiert aus diesem Grund die Weiterverhandlung über einen Nutzungsentgelt zur Verzinsung und Abschreibung der notwendigen Neuinvestitionen im Verkehrsgarten.

Umfang der Neuinvestitionen:

Nachdem bereits im Herbst 2007 eine Anfrage der Verkehrsinstruktoren der Schaffhauser Polizei an das städtische Tiefbauamt ging, in welcher verlangt wurde, abzuklären, inwieweit die bestehende Anlage verbessert werden könnte, hat die Abteilung Strasseninfrastruktur des Tiefbauamtes dazu einen Plan zur Aufwertung entworfen. Dieser sah vor, unter anderem die vorgesehene bestehende Fahrbahnbreite zu vergrössern und einen neuen Abschnitt mit einer kurzen Steigung, respektive Gefälle zu realisieren. Dieser Entwurf wurde dann von den

Verkehrsinstruktoren ergänzt und für gut befunden. Ein grober Kostenvoranschlag zeigt aber, dass im baulichen Bereich und ohne die Elektronik des neuen Steuergeräts und die geforderten sanitären Anlagen im erwähnten Schreiben der Verkehrspolizei mit Aufwendungen von mindestens Fr. 100'000.-- zu rechnen ist. Kommen diese weiteren Investitionen noch dazu, werden die Kosten vor allem wegen der sanitären Anlagen auf das zweieinhalb bis dreifache steigen. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass höchstens die Erfüllung der für den Verkehrsunterricht unmittelbar nötigen Anliegen in die weitere Planung einfließen sollte.

Empfehlung für die Position des Grossen Stadtrates:

Der GrSR hat in der zurück liegenden Legislaturperiode mehr als einmal den Verschuldungsstand der Stadt und die nach seiner Ansicht zu hohe Steuerbelastung kritisiert. Es kann nun nicht einfach darum gehen, per Postulat für ein Tätigkeitsgebiet eine Investition zu bestellen, das im Kompetenzbereich des Kantons liegt, ohne dass nicht zumindest eine Mitbeteiligung auch des Kantons oder eine Nutzungsabgeltung vereinbart worden ist. Selbstverständlich teilt der Stadtrat die Auffassung des Postulanten, dass für das wichtige Anliegen der Verkehrserziehung auch die Verkehrsverbände und weiter potenzielle Sponsoren aktiviert werden sollen. Aber ohne irgendwie geartete Kostenbeteiligung des dazu kompetenten Organs wird durch den Grossen Stadtrat ein falsches Signal gesetzt. Für einmal zitiere ich dazu aus einem Leitartikel der SN vom Samstag, 19.10.08, einen Satz, dessen Beachtung der Stadtrat dem GrSR für die Zukunft empfiehlt: "Wer der Stadt angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abkühlung weiterhin neue Aufgaben übertragen will, lässt ihre grundlegenden Probleme ausser acht" (Zitat aus Leitartikel von Adrian Schumacher mit dem Titel "Gemeinsam an einem Strang ziehen").

Der Stadtrat empfiehlt daher dem Grossen Stadtrat, dem Postulat Zehnder unter Ergänzung seines Textes wie folgt zuzustimmen:

"Der Stadtrat wird eingeladen, den Verkehrsgarten auf der Breite mittels Synergien, Unterstützungsbeiträgen und einem kantonalen Nutzungsentgelt den heutigen Verhältnissen betreffend Ausbaustandard und Verkehrsregeln anzupassen"

Den Beizug von Unterstützungsbeiträgen und die Synergien fordert der Postulant ebenfalls am Schluss seiner Begründung. Es fehlt einzig ein Bekenntnis zum Bestellerprinzip und zum gemeinsamen Zug am Strang auch durch den Kanton. Dass der Grosse Stadtrat dies erwartet, würde die Verhandlungsposition der Stadt in der Frage deutlich verbessern. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

"Die Motion Wullschleger wurde auf Antrag des Stadtrates verlängert; der einzige, der nur säuerlich lächelt, ist Kollege Peter Neukomm. Er wird sich wahrscheinlich bereits über Weihnachten-Neujahr überlegen, wie er diese nicht ganz einfache Aufgabe erfüllen wird, und wie er diesen nicht einfachen gordischen Knoten mit neuer Kreativität durchschneiden könnte. Wir werden ihn unterstützen.

Das Postulat wurde von Edgar Zehnder heute in einer teilweise sozialromantischen Darstellung begründet, und er hat mich selbst dazu veranlasst, Rückschau in meine Jugend vor rund 40 Jahren zu halten, als ich mit 10 Jahren nicht mit dem Fahrrad, sondern wie es sich für das Zeitalter des Automobils gehört, mit dem Tretauto oder Gokart im Verkehrsgarten war. Die Affinität zu letzteren ist mir bis heute geblieben.

Ich möchte betonen, dass unsere Fraktion und auch ich dieses Anliegen von Edgar Zehnder unterstützen, unter der Prämisse des Einhaltens der Ergänzung des stadträtlichen Antrages. Ich möchte nebst diesen schönen Darstellungen und Erinnerungen auch darauf hinweisen, dass gewisse Argumente der Verkehrserziehung für eine Überweisung sprechen. Die Kinder können in einem geschützten Raum die für die Radfahrer wichtigsten Regeln lernen und praktisch üben. Es soll ein praxisnaher Unterricht in Ergänzung des theoretischen stattfinden können. Vor allem für ganz kleine Kinder ist dies wichtig, weil der Verkehrsgarten Fehler zulässt, die beim Üben auf der Strasse nicht immer möglich sind. Was wird mit dieser Verkehrserziehung angestrebt? Unfallrisiken mindern, Unfallfolgen senken und Sicherheitsdenken stufengerecht fördern.

Dies sind für mich die sachlichen Gründe, die für das Überweisen des Postulats sprechen. Wie bereits ausgeführt, wenn der SR auch in der alten Besetzung - vielleicht könnte der neue Finanzreferent ebenfalls dazu nicken - uns verspricht, hier nicht mit der grossen, sondern mit der vernünftigen Holzkelle anzurühren und nur das Notwendige zu veranlassen, wird unsere Fraktion zustimmen. “

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Ich bin von meiner Fraktion zur Stellungnahme verknurrt worden, weil ich ein typisches Beispiel für unsere Meinung zum Thema sei, und es ist nicht sozialromantisch. Es ist mir besonders peinlich, so kurz vor den Wahlen eine Jugendsünde zu gestehen.

Es stimmt, seit ich mich erinnern kann, hat sich der Verkehrsgarten kaum verändert. Schon als wir die Veloprüfung absolvierten, sah er ungefähr wie heute aus. Nach der Hauptprobe im Verkehrsgarten sind wir am Tage X zur Veloprüfung angetreten. Beim Kreisel Schützenhaus stieg ich kurz entschlossen vom Velo, um via Fussgängerstreifen die andere Strassenseite zu erreichen, wie ich das gewohnt war, zumal auf der anderen Seite ein gestrenger Verkehrsexperte und Polizist stand, der aber über meine Leistung überhaupt nicht erbaut war. Ich wurde (anstatt promoviert) “removiert” und zwecks Instruktion am freien Nachmittag in den Verkehrsgarten geordert. Fazit: Der Verkehrsgarten ist ein Schonraum und damit nicht das richtige Übungsfeld, das sich zwar zum Erlernen der Fahrtechnik für die Kleinen eignet, aber für die Bewährung im Verkehr braucht es die freie Wildbahn, oder wie wollen Sie verkehrsgerecht Brummer und Busse simulieren?

Dieser Meinung ist die OeBS/EVP-Fraktion, auch wenn sonst niemand ausser mir durch die Veloprüfung gefallen ist. Der heutige Verkehr fordert weit mehr als die Beherrschung des Fahrrades; es braucht Konzentration und die Fähigkeit, Geschwindigkeiten richtig einzuschätzen und auch vor dem Bus oder einem Brummer nicht zu erzittern; gleichzeitig dazu Verkehrsregeln und Signale zu beachten ist eine echte Koordinationsleistung. Letztlich ist auch Selbstbeherrschung gefordert, um sich und andere Verkehrsteilnehmer nicht zu gefährden. Wir sind überzeugt, es braucht guten Verkehrsunterricht und Übung, oder würden Sie in ein Verkehrsflugzeug einsteigen, wenn der Pilot nur im Simulator geübt hätte?

Die **OeBS/EVP-Fraktion** möchte darum Edgar Zehnder einen Dienst erweisen und ihm - entgegen dem Stadtrat - die frustrierende Abschreibung seines Postulats nach Jahren ersparen. Wir lehnen das Postulat ab. “

Simon Stocker (AL)**SP/AL-Fraktion**

„Ich teile Ihnen hiermit die Meinung der SP/AL-Fraktion mit. Unsere Fraktion ist kein Freund von Verkehr, mindestens nicht vom Autoverkehr. Trotzdem ist der Vorstoss von Edgar Zehnder bei uns auf grosses Wohlwollen gestossen.

Man muss zugeben, dass der Verkehrsgarten nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht. Ich bin der Meinung, es mutet fast etwas peinlich an. Wir sind - entgegen der Meinung von Iren Eichenberger - davon überzeugt, dass ein baulich gut ausgerüsteter Verkehrsgarten einen guten Beitrag an die Verkehrserziehung leisten kann. Ein Pilot ist im Simulator und im freien Feld am Üben, das eine schliesst das andere nicht aus. Zudem wird in den Ergebnissen von PASS festgehalten, dass das jetzige Grundstück bei der Jugendherberge weiterhin für einen Verkehrsgarten genutzt werden soll. Einer schnellen Planung und baulichen Anpassung steht unserer Meinung nach nichts im Weg.

Wir schliessen uns der Meinung des Stadtpräsidenten an, dass der Kanton ebenfalls in Pflicht genommen werden muss; dies muss ebenfalls Teil des Postulats sein.

Die **SP/AL-Fraktion** wird dem Postulat zustimmen und hofft für einmal auf ein reges Verkehrsaufkommen im Verkehrsgarten. “

Roland Schöttle, parteilos**Votum**

„Der Stadtpräsident hat dargelegt, es gäbe eine Kostensetzung für den Kanton, mit kleineren Ausbesserungen von Fr. 100'000.--, wie Einbau von Bergen, Verbreiterung der Spuren, neuen Signalanlagen und so weiter. Vielleicht kostet es dann auch einiges mehr, vielleicht Fr. 300'000.-- bis 400'000.--.

Ich unterstütze das Postulat von Edgar Zehnder, dass der Verkehrsgarten auf den neusten Stand gebracht wird. Womit ich Mühe habe, ist mit der Einbindung des Kantons, wodurch das Ganze erheblich komplizierter wird und ein Verfahren entstehen lässt, das zeitraubend ist und Hemmnisse bringt, die unlösbar sind. Ich bin dort hinten auf meiner Bank auf eine Idee gekommen wie die Finanzierung seitens des Kantons stattfinden könnte. Wir hatten vorher bei der Motionensammlung vom Schutz von Gebäuden und vom Stadtbild gesprochen. Ich habe den Schaffhauser Nachrichten entnommen, dass der Kantonsratssaal für Fr. 1 Mio. mit 60 neuen Stühlen bestückt werden soll. Die schöne erhöhte Front hier vorne, wo die Damen und Herren würdevoll ihren Platz einnehmen, soll entfernt und durch einen profanen geraden Tisch ersetzt werden. Man könnte dem Kanton empfehlen, die Hälfte dieses Geldes zu sparen und Fr. 500'000.-- für die Sanierung des Verkehrsgartens einzusetzen. “

Alfred Zollinger (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Für mich ist es sonnenklar, dass der Verkehrsgarten ein „must“ ist. Dort werden die ersten Schritte in der Theorie gemacht, und nachher geht es auf die Strasse. Es folgt die Ausbildung in der Schule mit der SHPol und so weiter. Ich habe Ihnen schon einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der Kanton ins Boot geholt werden kann. Wenn Sie gewisse Nummernschilder kaufen wollen, bezahlen Sie einen Aufpreis. In anderen Kantonen fliesst die Differenz zwischen dem effektiven Nummernschildpreis und dem Aufpreis in einen Sicherheitsfonds für die Verkehrssicherheit. Das ist nicht nur der Verkehrsgarten - es gäbe noch andere Sachen, die damit finanziert werden könnten. Heute fliesst dieses Geld einfach in die Laufende Rechnung des Kantons.

Meine Damen und Herren Kantonsrätinnen und -räte, raffen Sie sich zusammen und greifen Sie gemeinsam an. “

Edgar Zehnder (SVP)**Schlusswort**

”Ich danke Ihnen für die guten Voten, die gefallen sind. Der Mittelblock hat mich erstaunt, aber ich akzeptiere den getroffenen Entscheid. Auf einige wenige Bemerkungen möchte ich im Anschluss wie folgt eingehen:

Zu Stellungnahme des Stadtrates: Ich war über diese Details nicht informiert und dachte bisher, wir seien in der Stadt Schaffhausen, und es sei wahrscheinlich keine Nationalstrasse und vermutlich auch keine Kantonsstrasse, somit der Verkehrsgarten gehöre der Stadt, die für die Kosten aufkommen muss. Wenn der Kanton den Verkehrsgarten betreibt, könnte ich mir durchaus vorstellen, dass wir in die Aufzählung der möglichen Unterstützer wie VCS, TCS und IG Velo auch den Kanton aufnehmen. Dies könnte allenfalls ein Beschleuniger des Anliegens sein, und ich müsste keine Abschreibung meines Postulats in 15 Jahren befürchten.

Ich bin bereit, das Postulat gemäss Vorschlag des Stadtpräsidenten anzupassen, wenn es dadurch schneller vorwärts geht und sogar noch ein Beitrag vom Kanton in Aussicht gestellt wird. Mein Hauptziel ist die Aufwertung des Verkehrsgartens. Wie der Stadtrat dies erreicht, ist eine Sache, die ich gerne weiterdelegieren möchte. Es ist ein Postulat und keine Motion mit Gesetzescharakter. Der Stadtrat ist frei in der Umsetzung des Postulats.

Iren Eichenberger möchte ich fragen, wie sie zur Luftfahrt steht. Für mich ist klar - und darüber bin ich froh - dass Piloten, bevor sie in der Schweiz in die Luft gehen, im Simulator üben. Dies dürfte auch bei den Kindern mit dem Velo der richtige Weg sein.

Ich bin froh, dass mir Alfred Zollinger den Hinweis mit den Nummernschildern gegeben hat; er hat mich bereits vor zwei Jahren gebeten, endlich im Kanton zu diesem Thema vorstössig zu werden. Bisher habe ich dazu allerdings im Internet keine Daten gefunden; aber jetzt ich bin sicher, dass ich jetzt die nötigen Daten von Alfred Zollinger erhalten werde und jemanden im Kantonsrat finden werden, der sich für zusätzliches Geld seitens des Kantons einsetzen wird. Die Anpassung des Verkehrsgartens soll nicht übertrieben werden, aber er soll wieder aufblühen. “

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit **39 : 4 Stimmen** und folgendem Wortlaut erheblich:

”Der Stadtrat wird eingeladen, den Verkehrsgarten auf der Breite mittels Synergien, Unterstützungsbeiträgen und einem kantonalen Nutzungsentgelt den heutigen Verhältnissen betreffend Ausbaustandard und Verkehrsregeln anzupassen”

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene Ansprüche - verpasste Chance?**Dr. Raphaël Rohner (FDP)****Begründung**

„Mit zwei kleinen Anfragen - eine vom 30. Oktober 2006 und eine zweite vom 1. April 2008 - habe ich mich über den Stand der Umsetzung eines vom Grossen Stadtrat im Jahr 2005 erteilten Auftrages an den Stadtrat erkundigt. Es ging - und geht heute immer noch darum, da nach wie vor nicht erfüllt - um das Folgende: Mit der Beratung und der Verabschiedung der neuen Bauordnung und der Zonenplanung für die Stadt Schaffhausen wurde der Stadtrat am 10. Mai 2005 vom städtischen Parlament auf Antrag der Spezialkommission beauftragt, bis spätestens Ende 2005 eine Vorlage zuhanden des Grossen Stadtrates mit folgendem Inhalt auszuarbeiten: „Antrag zur Aufnahme von einer oder mehrerer ausgewählter Flächen in die Bauzone von insgesamt rund 1.2 ha Landwirtschaftszone, beziehungsweise ZöBAG-Land für den Bau gehobenen Wohnraums.“

In der Detailabstimmung wurde diesem Auftrag ohne Gegenantrag und in der Schlussabstimmung zur ganzen Vorlage mit 46:0 Stimmen zugestimmt (siehe Ratsprotokoll zur 6./7. Sitzung vom 10. Mai 2005, S. 144 ff., insbesondere S. 181).

Der Stadtrat und damit der Baureferent hat sich weder um die vom Parlament gesetzte Frist gekümmert, noch ist er dem Auftrag selber in Form einer Vorlage nachgekommen. Er hat es nicht einmal für nötig befunden, dem Parlament einen Bericht und Antrag über den aktuellen Stand der Abklärungen zu unterbreiten und um Fristverlängerung zu ersuchen, was aufgrund der nicht ganz einfachen Aufgabenstellung wohl problemlos gewährt worden wäre.

Einzig in einem recht allgemein gehaltenen vertraulichen Zwischenbericht wurden die Fraktionen mit Schreiben vom 27. Februar 2006 über Einzonungsoptionen orientiert. In beiden Antworten zu meinen kleinen Anfragen wurde betreffend den zu erfüllenden parlamentarischen Auftrag ausweichend argumentiert und auf laufende Projekte wie PASS, beziehungsweise auf Bestrebungen der verdichteten Bauweise innerhalb der Stadt Bezug genommen. Diese werden von mir ebenfalls begrüsst, indessen schliesst das eine das andere nicht aus. Zudem haben parlamentarische Aufträge verbindlichen Charakter, ob sie einem nun aus politischen Gründen passen oder nicht. Das gehört zu den demokratischen Spielregeln.

Und es stimmt ganz einfach nicht, dass, – wie in der Antwort des Stadtrates vom 10. Juni 2008 auf meine kleine Anfrage vom 1. April 2008 geschrieben wird – mit der am 1. Mai 2008 in Kraft getretenen Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühlental“, mit der eine Fläche von 3.85 ha von der „Industriezone mit Dienstleistungen“ in die „Sonderzone vorderes Mühlental“ umgezont worden ist, der parlamentarische Auftrag erfüllt sei, da im Wortlaut des Auftrages von Bauland für den Bau gehobenen Wohnraumes und nicht für den Bau von Einfamilienhäusern gesprochen werde.

Dem ist nicht so und kann im Ratsprotokoll nachgelesen werden (siehe Ratsprotokoll zu angeführter Sitzung, S. 154, 158 und 159). Es ging und es geht klar um den Ersatz für seinerzeit nicht möglichen Einzonungen wie konkret

- beim „Kyburgweg“ in Buchthalen, wo sich der Landeigentümer nicht dazu bereit erklären konnte, die vom Stadtrat als Bauzone vorgesehene Landfläche zum Verkauf freizugeben,
- um das Gebiet „im Hölzli obe“, das von der SPK weder als attraktive

Wohnlage für gehobenen Ansprüche, noch als bautechnisch sinnvoll erschliessbare Alternative für neues Bauland beurteilt wurde.

Es handelt sich in beiden Fällen um Landwirtschaftsland an der Stadtgrenze, das, nach erfolgter Einzonung, als Bauland für gehobene Ansprüche mit Einfamilienhäusern hätte überbaut werden können und sollen und wofür der Stadtrat innert in Frage stehender Frist aufgrund des grossstadträtlichen Auftrages Ersatzvorschläge für eine Einzonung hätte vorlegen müssen.

Dass ich mit meinem Anliegen - das ja aufgrund des grossstadträtlichen Beschlusses vom 10. Mai 2005 eigentlich dasjenige des ganzen Stadtparlamentes ist - nicht ganz daneben liege, bestätigen auch die aktuellen Aussagen der Wirtschaftsförderung, wonach optimale Wohnmöglichkeiten nach wie vor oder je länger je mehr einen Standortfaktor darstellen. Ich verweise Sie in diesem Zusammenhang unter anderem auch auf die jährlich stattfindende Informationsveranstaltung im Haus der Wirtschaft, an der die meisten von Ihnen jeweils teilnehmen und wo regelmässig über die Ergebnisse der Arbeit der Wirtschaftsförderung orientiert und auch klar auf die gewünschten Rahmenbedingungen in Bezug auf die Frage der Attraktivität für die Neuansiedlung natürlicher Personen hingewiesen wird, aber auch auf eine Vielzahl von einschlägigen Fachpublikationen.

Nachzuweisen ist dies aber auch am praktischen Beispiel von Schaffhauser Landgemeinden, die ihre Vorwärtsstrategie geschickt mit entsprechend attraktiven Bauzonen umzusetzen wissen: Ich erinnere Sie an die Gemeinden Stetten, Beringen und auch Löhningen. Diese haben es nicht verpasst, in Zeiten der Hochkonjunktur die richtigen Beschlüsse im richtigen Zeitpunkt zu fassen. Im Gegensatz zur Stadt verzeichnen sie nicht einen Bevölkerungsrückgang, sondern sind im Wachsen begriffen.

Und Hand aufs Herz: Es hat ja nie jemand von überbordendem Bauboom an der Stadtgrenze gesprochen. Es geht uns allen um eine massvolle Entwicklung. Eine solche ist indessen – ich habe es schon in meinem Votum am 10. Mai 2005 so formuliert und verschiedentlich wiederholt bzw. konkretisiert – für eine prosperierende Entwicklung unserer Stadt von eminenter Bedeutung. Als Bestandteil einer solchen massvollen Vorwärtsstrategie gehört aber auch dieser Einzonungsauftrag für wohlverstanden nur 1.2 ha neues Bauland. Mit dessen Erfüllung, beziehungsweise Umsetzung würden wir die Qualitäten unserer Stadt mit ihrem wertvollen Naherholungsgebiet in keiner Weise beeinträchtigen. Im Gegenteil: Es wäre dies eine sinnvolle und nützliche Ergänzung des Baulandangebots in der Stadt.

Interessant ist nun aber die Tatsache, dass gemäss einer mir zur Verfügung stehenden Korrespondenz das Hochbauamt bzw. dessen Planungsbüro mit Schreiben vom 2. September 2005 Landeigentümer in Buchthalten (Gebiet „Hofäcker“) angefragt hat, ob sie an einer Einzonung interessiert wären. Wiederum mit Schreiben des Planungsbüros der Stadt wurde diesen in der Folge am 9. Januar 2006 mitgeteilt, es lägen inzwischen von allen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern Rückmeldungen vor; diese seien im Grundsatz allesamt positiv. Bevor weitere Gespräche stattfinden würden, möchte man die Einzonungsoptionen dem Grossen Stadtrat respektive einer vorberatenden Spezialkommission vorlegen.

Nun - wie Sie alle wissen - seitdem geschah nichts mehr. Damit wurden Chancen verpasst, die mindestens einer näheren Prüfung hätten unterzogen werden müssen,

zumal offensichtlich Grundeigentümer aus Buchthalen im Grundsatz bereit gewesen wären, weiterführende Gespräche im Hinblick auf eine Einzonung ihres Landes zu führen. Von dem war in der Beantwortung meiner kleinen Anfragen nie die Rede; nur in angeführtem vertraulichem Zwischenbericht an die Fraktionen wurde auch kurz über diese positiv verlaufende Umfrage orientiert. Dabei blieb es dann. Mit diesem Hinweis ist man indessen dem parlamentarischen Auftrag in keiner Weise nachgekommen. Dies hätte einen offiziellen – nicht eine vertraulichen – Zwischenbericht an den Grossen Stadtrat mit umfassenden Darlegungen zu den Ergebnissen der Abklärungen, beinhaltend auch diese Optionen zur Folge haben sollen, ebenso beinhaltend aber auch einen Antrag auf Fristerstreckung.

Nachbargemeinden haben zwischenzeitlich das getan, was wir ebenfalls hätten tun können, sind aktiv geworden und haben Erfolg. Mit Befremden stelle ich fest, dass meine Vermutung, der grossstadträtliche Auftrag sei primär aus politischen Gründen nicht weiter verfolgt worden, wohl nicht ganz unzutreffend sein könnte. Dies bedarf einer Erklärung!

Und noch eine Anmerkung zu der von der Stadt bevorzugten verdichteten Bauweise innerhalb der Stadt, läuft doch auch hier nicht alles so problemlos, wie es sollte und könnte:

Hier sind zwingend Massnahmen einzuleiten, die es den Investoren erleichtern und es für sie attraktiv machen, ihre Bau- bzw. vor allem auch Umbauprojekte tatsächlich zu realisieren. Dazu braucht es mutige Entscheidungen und planerische Perspektiven, die auch den Abbau von so genannten Investitionshürden umfassen, die sich beispielsweise aus bestehenden Ausnutzungsziffern, die zu erhöhen wären, ergeben. Ebenso sind Nutzungsdefizite zu identifizieren und wertgerechte Nutzungen von Grundstücken durch Verlagerung von Nutzungen im Sinne eines Nutzungstransfers anzustreben. Gerade letzteres ist eine Grundvoraussetzung für eine etwas umfassendere Strategie, welche das Setzen von städtebaulichen Schwerpunkten und die Festlegung konkreter Entwicklungsgebiete in bestehenden Quartieren, die baulich neu strukturiert werden sollten, erst ermöglicht. Denn vergessen wir eines nicht: Echte Sanierungen verändern unter anderem die Mieterstruktur und wirken sich damit positiv auf die Zusammensetzung der Bevölkerung in gewissen Quartieren aus, die uns in verschiedenster Hinsicht Sorgen bereiten!

Des Weiteren sind bestehende Baulücken innerhalb der Stadt (beispielsweise Stettenerstrasse und Urwerf) zu schliessen, wobei zu beachten ist, dass gerade massvolle Einzonungen nachweislich einen so genannten Nachahmereffekt in Bezug auf die Bereitschaft von Landeigentümern, ihr Land effektiv zu verkaufen, zeitigen. Nicht zu vergessen sind schliesslich die verschiedenen ZÖBAG-Grundstücke, die zurzeit ungenutzt sind und die man sehr wohl für die Errichtung privater Bauten verwenden könnte, sofern hierfür ein öffentliches Interesse nachgewiesen werden kann.

Sie sehen, es eröffnet sich bei näherer Betrachtung der Thematik ein ganzer Fächer an zu prüfenden Möglichkeiten und Varianten. Auch hier gilt, es mit der notwendigen Kreativität und Innovationsbereitschaft tätig zu werden und damit nicht zuletzt auch gegenüber der Bauwirtschaft und Investoren positive Signale zu setzen.

Wachstum - auch ein massvolles - umfasst immer einen qualitativen und einen quantitativen Aspekt, sofern es sich für eine Stadt oder Gemeinde nachhaltig

auswirken soll. Dies gilt auch für Schaffhausen.

Die von mir geforderte Erfüllung des grossstadträtlichen Auftrages trägt beiden Aspekten Rechnung, indem nämlich eine auf 1.2 ha beschränkte Neueinzonung verlangt wird, die baulichen Wildwuchs schon rein flächenmässig verhindert, gleichzeitig aber aufgrund der infrage stehenden attraktiven Lagen an der Stadtgrenze für qualitativ anspruchsvolle, das natürliche Umfeld einbeziehende Bauprojekte Gewähr bietet, was somit auch den Anliegen Naturschutzes Rechnung trägt. Die infrage stehende Fläche wurde im Übrigen seinerzeit vom Kanton im Rahmen der Bedarfsabklärung soweit ich richtig orientiert bin als für in Ordnung befunden.

Es handelt sich um eine wichtige und sinnvolle Ergänzung der stadträtlichen Strategie, welche sich zu stark und zu einseitig auf die verdichtete Bauweise fokussiert. Wir sprechen damit ein Segment von Investoren und Bauwilligen an, die durchaus von Interesse für unsere Stadt und für unsere Bauwirtschaft sein könnten - von den zu erwartenden zusätzlichen Steuereinnahmen wollen wir für einmal gar nicht sprechen.

Meine Damen und Herren, es gilt nun zu handeln und das Heft in die Hand zu nehmen, sonst tun dies weiterhin nur unsere Nachbarn, und das können wir nicht zulassen. Im Standortwettbewerb gewinnt nur der Aktive - der Aktive wohlverstanden, der wie wir auch auf Qualität setzt.

So bin ich denn nun gespannt auf die Beantwortung meiner in der Interpellation gestellten Fragen und auf die anschliessende Diskussion. "

SR Peter Käppler

Stellungnahme

"In seiner Begründung rügt Grossstadtrat Raphaël Rohner den Stadtrat und insbesondere den Sprechenden der Untätigkeit in Bezug auf die Neueinzonung von Land für hochwertigen Wohnraum vor. Gerne nutze ich die Gelegenheit, um nachfolgend die Sicht des Stadtrates zu erläutern.

Insbesondere kann ich vorwegnehmen, dass der Stadtrat in den Zielen keine grosse Differenzen zum Interpellanten feststellen kann und sich der Stadtrat dieser Ziele auch annimmt. Bei der Diskussion scheint es viel mehr um die Frage des Weges zum Ziel als um die Frage des Zieles zu gehen.

Darum zuerst zur Geschichte. In seiner Begründung weist Grossstadtrat Dr. Raphaël Rohner zu Recht auf den Auftrag des Grossen Stadtrates hin, welcher den Stadtrat bei der Verabschiedung des Zonenplanes und der Bauordnung darauf verpflichtete, binnen eines Jahres eine Vorlage für die Um- oder Neueinzonung von 1.2 ha Landwirtschafts-, respektive ZöBAG-Land zu erarbeiten.

Dass der Stadtrat diesem Auftrag nicht in der gestellten Form nachgekommen ist, aber trotzdem nicht untätig war, kann ich nachstehend erläutern. Gestatten Sie einen Blick zurück, warum es überhaupt zu diesem parlamentarischen Antrag gekommen ist:

Die damalige SPK Bau und Zonenordnung hatte Ersatz gesucht, weil die 1.2 ha zur Einzonung vorgesehene Land am Kyburgweg nicht realisierbar waren. Die Einzonung wurde nicht vorgenommen, weil der Eigentümer nicht bereit war, das

Land zur Überbauung freizugeben. Über das Gebiet Hofäcker wurde als Einzonungsoption diskutiert. Die geplante und dringende Zonenplanrevision drohte blockiert zu werden, weil trotz intensiver Suche und Landbegehungen kein Ersatz für dieses Grundstück gefunden werden konnte, weshalb dieser Auftrag an den Stadtrat verfasst wurde, und gegen den er sich auch nicht wehrt.

Aktuelle Situation:

In den Zielsetzungen des Stadtrates genießt das nachhaltige Bevölkerungswachstum oberste Priorität.

Der Stadtrat hat in den letzten Jahren in dieser Beziehung viel unternommen, nicht nur in Bezug auf Arealentwicklungen, sondern er hat die Standort- und Wohnortförderung gesamtheitlich angepackt. Problematisch dürfte dabei vielleicht sein, dass das Ergebnis dieser Massnahmen nicht sofort sichtbar ist, sondern erst nach einiger Zeit messbar wird. Auch zeigt sich, dass Versäumnisse aus früheren Jahren nur schwer aufzuholen sind. Schaffhausen hinkt noch in vielem hinterher. Sie wissen es auch, wir warten immer noch auf den Halbstundentakt; auch die Nutzung brachliegender Gebiete aus der Zeit der Schwerindustrie ist erst angelaufen. Und hier spielt eben auch der Zeitfaktor mit, denn Versäumtes ist nicht einfach nachzuholen.

Es gibt aber durchaus auch positive Ansätze. So ist die Anzahl der gebauten Wohnungen in den letzten Jahren gestiegen und die Einwohnerzahl konnte zumindest stabil gehalten werden. Der Umstand, die Einwohnerzahlen stabil zu halten, ist als Erfolg zu werten, zumal die Nutzungsfläche pro Einwohner in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Wir haben mit dem zusätzlichen Wohnungsbau den Mehrnutzungsbedarf der Einwohner erfüllen können. Die Bewertung von Grundstücken und Liegenschaften in der Stadt ist ebenfalls besser geworden, Projekte wie Landhaus und Bleiche haben wirtschaftlichen Erfolg gebracht.

Dies ist aber kein Grund zum Aufatmen - und hier sind wir mit dem Interpellanten einig - denn bereits ziehen dunkle Wolken auf. Die globale Wirtschaftskrise betrifft alle Standorte in der Schweiz. Mehr Sorgen macht dem Stadtrat aber das vom Südranden aufziehende Nagra-Unwetter, welches in Verbindung mit der Wetterlage um Benken für unsere Region einen nachhaltigen Imageschaden, und damit auch einen Bevölkerungsrückgang bedeuten könnte.

Fragen des Interpellanten:

Der Stadtrat geht davon aus, dass Sie die Antwort des Stadtrates auf die Kleine Anfrage von Grossstadtrat Raphaël Rohner kennen, und ich diese Fakten nicht noch einmal aufführen muss. Die Fragen der Interpellation beschäftigen sich stark mit dem Grundstück im Gebiet Hofäcker und dieser Situation.

Frage 1:

Wie kommt es dazu, dass trotz Einverständnis der Landeigentümer die Option dieser Einzonung nicht weiterverfolgt wird?

Wie bereits gesagt, war dieses Grundstück, das zwischen dem bei Politikerinnen und Politikern sehr beliebten Quartier um die Pilatusstrasse und dem Gebiet zwischen Höhgasse und Widlenstrasse gelegen ist, schon in der SPK Bau- und Zonenordnung umstrittener Gegenstand der Verhandlungen. Die mehrheitliche Ablehnung hatte damals verschiedene Gründe. Bei der Suche nach möglichen Grundstücken zur Einzonung stellte sich auch referatsintern erneut die Frage, ob das Grundstück nicht

doch geeignet sei. Weil im Vorfeld der Zonenplanrevision nie abgeklärt wurde, ob die Grundeigentümer überhaupt bereit wären, dieses Land einzuzonen, wurde dies abgeklärt. Das Grundstück ist auf sehr viele Eigentümer verteilt und ein sehr zerstückeltes Grundstück, weil in Buchthalen nie eine Landzusammenlegung gemacht wurde.

Heute wissen wir, dass eine Einzonung aus Sicht der Landbesitzer möglich wäre. In der strategischen Diskussion mit der GPK, deren Mitglieder mit der Orientierungsvorlage in den Fraktionen Rücksprache nahmen, zeigte sich jedoch, dass diese Einzonungsoption nach wie vor sehr umstritten ist, und die Fraktionen des GrSR erhebliche Bedenken bis Ablehnung äusserten. Unter diesen Umständen macht es keinen Sinn, eine aufwändige Einzonungsvorlage aufzugleisen und den Eigentümern Hoffnung zu machen, wenn am Schluss der Grosse Stadtrat das Geschäft ablehnen würde. Im Weiteren bestehen für dieses Grundstück Erschliessungs- und vor allem Lärmprobleme. Solange der Schiessstand Buchthalen in Betrieb ist, können wir eine Einzonung nicht vornehmen. Aus Sicht des Stadtrates ist aber mittelfristig diese Einzonung nach wie vor prüfenswert.

Frage 2:

Der Interpellant erkundigt sich, ob noch weitere solche Umfragen gemacht wurden. Dies können wir verneinen, weil einerseits der Stadtrat Umzonungen forcieren will, und andererseits die Möglichkeit für Neueinzonungen von Landwirtschaftsland aus raumplanerischen Gründen kaum Chancen hat, sofern sie überhaupt sinnvoll erschlossen werden könnten.

Frage 3:

Hier erkundigt sich Dr. Raphaël Rohner, was der Stadtrat von parlamentarischen Aufträgen hält. Ich kann Ihnen im Namen des Stadtrates versichern, dass er ganz klar der Meinung ist, dass parlamentarische Aufträge verbindlichen Charakter haben, auch wenn heute bei der Behandlung der hängigen Motionensammlung schon anderes behauptet wurde. Der Stadtrat steht hinter diesem Auftrag und möchte ihn auch umsetzen.

Die Nichterfüllung aus Ihrer Sicht - wie sie heute Abend genannt wurde - hat keineswegs mit politischer Haltung zu tun. Die Rückfrage indes, warum es vom Parlament nicht akzeptiert werden kann, wenn die Erfüllung des Auftrages in anderer Form als der vorgegebenen gemacht wird, darf aber gestellt werden.

Es stimmt, dass der Stadtrat keine Vorlage innerhalb der gegebenen Zeit an das Parlament gemacht hatte. Sie müssen aber auch verstehen, dass Diskussionen um die Landpolitik sehr sensibel und darum auch nicht gerade für die Öffentlichkeit gedacht sind. Der Stadtrat hat darum den Weg über die GPK an die Fraktionen gewählt, weil wir so in vertrauensvoller Art die Strategie diskutieren konnten. Dass der eingeschlagene Weg bisher der richtige war, zeigen auch die beiden Vorlagen betreffend Umzonung im Herblingertal und Mühlental, welche der GrSR mitgetragen hatte. Wie heute Abend dargelegt, können Sie nicht akzeptieren, dass mit den 3.85 ha umgezontes Land im Mühlental der Auftrag bereits als erledigt abgeschrieben werden soll. Da ist der Stadtrat mit Ihnen gleicher Meinung, und er hat deshalb mit dieser Umzonung den Antrag auf Abschreibung nicht gestellt, sondern wird den Auftrag weiterhin ernst nehmen und die Suche nach geeignetem Land vorantreiben.

Frage 4:

Hier wird davon gesprochen, dass andere Gemeinden in den letzten Jahren durch

Neueinzonungen Neuzuzüger gewinnen würden. Einmal abgesehen davon, dass der Schaffhauser Zonenplan erst vor zwei Jahren Rechtskraft erwirkt hatte und noch ein relativ junges „Gemüse“ ist, muss der Stadtrat diese Aussage korrigieren.

In den drei genannten Gemeinden (Beringen, Löhningen und Stetten) sind in den letzten Jahren keine Einzonungen vorgenommen worden. Vielmehr wurde eingezontes, aber bisher nicht erschlossenes Bauland neu erschlossen und somit baureif gemacht.

Diesen Weg verfolgen wir auch in der Stadt mit Nachdruck. So sind wir in teils aufwändigen Gesprächen mit Grundeigentümern daran Quartierplanungen zu forcieren. Diese Verhandlungen sind nicht gerade einfach. Wir setzen aber alles daran, sie zum Erfolg zu führen. Zudem ist der Weg bestehendes Bauland zu erschliessen effektiver und erfolgsversprechender als alleine auf die Karte Neueinzonung von Land zu setzen. Primär suchen wir das Gespräch mit den Betroffenen. Die Stadt hat aber auch die Möglichkeit mittels Start des amtlichen Quartierplanverfahrens, wenn nötig auch gegen den Willen der Eigentümer, Druck aufzusetzen.

Frage 5:

Zur Frage, ob die Stadt in einer entscheidenden Phase eine Chance verpasst habe, können wir Ihnen versichern, dass der Stadtrat und die involvierten Abteilungen der Stadt mit Hochdruck an der Verbesserung der Attraktivität der Stadt arbeiten. Dieses Ziel des nachhaltigen Bevölkerungswachstums wurde auch allen Mitarbeitenden für das nächste Jahr vorgegeben. Leider ist der Weg dorthin nicht immer einfach.

Aus der momentan zurückgestellten Einzonungsoption Hofäcker abzuleiten, dass eine wesentliche Chance für die Entwicklung der Stadt verpasst worden sei, ist jedoch kaum zutreffend. Die Einzonung und Realisierung dieses Baugebietes hätte mindestens 3-5 Jahre gebraucht (sofern sie vom GrSR und vom Kanton überhaupt bewilligt worden wäre). Dass der Kanton bei den letzten Umzonungsvorhaben der Stadt bereits den Warnfinger Richtung Planbeständigkeit erhoben hat, haben wir in den Erwägungen auf die Kleine Anfrage im Sommer bereits aufgeführt. Auf den 1.2 ha Bauland, die gefordert werden, könnten etwa 20 Einfamilienhäuser erstellt werden, was in etwa 60 zusätzlichen Einwohnern entspricht. Die Bautätigkeit war in den letzten Jahren mit über 110 Wohnungen pro Jahr in der Stadt relativ intensiv.

In der Stadt verfügen wir zurzeit über Baulandreserven, welche ungefähr 3'341 Einwohnern Platz bieten, ohne Hemmental hinzurechnen. Alleine die Umzonung Mühlental erschliesst eine Option von 400-500 Einwohnern. Dazu haben wir noch Baulandreserven von nicht baureif erschlossenem Land im Bereich von 1'140 Einwohnern.

Verschiedene Quartierplanungen ermöglichen ausgezeichneten und hochwertigen Wohnraum (Weissturmgut, Oelberg). Mit den Projekten PASS und Werkhof können wir innerhalb des Siedlungsraumes hochwertigen Wohnraum für rund 700 Einwohner bereitstellen. Im Niklausen sind wir an der Ausarbeitung einer Umzonung von ZöBAG-Land und Aufzonung von bestehendem Land, was eine hochwertige Siedlung in diesem Quartier möglich macht.

Diese Projekte alle aufzuarbeiten und schlussendlich planerisch, juristisch und demokratisch durchzubringen verfolgen wir prioritär, weil sie auch die Erfolgsaussichten auf eine rasche Umsetzung beinhalten.

Der Stadtrat glaubt an die Chancen der Stadt und setzt alles daran diese Aufgaben zu erfüllen. Neben der konjunkturellen Entwicklung bereitet dem Stadtrat aber zunehmend Sorge, dass die Einsprachetätigkeit gegen bewilligungsfähige Projekte in den letzten Jahren enorm angestiegen ist. Und entgegen der momentan im Abstimmungskampf zum Verbandsbeschwerderecht auftauchenden Behauptungen, sind in Schaffhausen nicht die Verbände das Problem, sondern eigentlich immer häufiger Nachbarn, welche die Bebauung des Nachbargrundstückes verhindern oder verzögern möchten, auch wenn damit zonenkonforme Bauprojekte verhindert werden.

Schlussbetrachtung:

Im Rating des Tages Anzeigers ist Schaffhausen mit fünf anderen Gemeinden des Kantons im Klub derjenigen Gemeinden, welche in der Wertschätzung der Immobilienkäufer die Höchstnote 6 erzielt haben. Dies zeigt, dass Schaffhausen über Potential verfügt, der Titel zu Schaffhausen heisst übrigens "Gehobene Mietwohnungen sind Mangelware".

Ohne dem Tages Anzeiger zu kopieren setzen wir mit den Entwicklungsschwerpunkten auf diesen Bereich. Das heisst aber nicht, dass wir die anderen Segmente wie Wohnungsbau im mittleren Preissektor, Wohnen für das Alter und Einfamilienhausbau vernachlässigen, auch wenn wir auf Grund des zur Verfügung stehenden Raumes im Bereich des Einfamilienhausbaus nur beschränkte Möglichkeiten haben.

Ich hoffe, dass wir Ihnen bald erfolgreichen Bericht erstatten können. "

Bernhard Egli (OeBS)

Votum

"Auf die Kleine Anfrage von Dr. Raphaël Rohner vom 1. April 2008 haben wir eine detaillierte Antwort und Zusammenstellung erhalten, was in Sachen Bauland für gehobene Ansprüche seit Ende 2006 unternommen wurde. Es ist viel passiert, aber alles unter dem Titel "innere Verdichtung". Dies ist erfreulich, garantiert es doch am besten den haushälterischen Umgang mit dem seltenen Gut unseres Bodens. Ich erinnere an das Projekt PASS, wo grössere ZöBAG-Flächen überbaut werden könnten.

Zum verdichteten Bauen möchte ich Folgendes hinzufügen: Was mich stört, ist, dass in den Gewerbezonem - beispielsweise Mühlentalstrasse oder Merishausertal - in der Regel eingeschossige Bungalows gebaut werden, eine nicht tolerierbare Vergeudung unseres Bodens.

Zum Thema Bauland: Soll man zusätzlich - wie ursprünglich am 10. Mai 2005 vom Parlament einstimmig beschlossen und vom Interpellanten vehement eingefordert - Landwirtschafts- oder ZöBAG-Land einzonen für gehobene Ansprüche? Als Naturschützer könnte ich mich freuen, wenn grüne Wiesen weiterhin grün bleiben. Es ist aber eine Tatsache, dass jemand, der ein Haus bauen will, dies auch tun wird, vielleicht nicht in der Stadt, sondern in Stetten oder Beringen. Eine weitere Tatsache ist ebenfalls, dass jemand, der ein Haus baut, Geld hat und deshalb bei uns auch Steuern zahlen würde, sofern er sich hier niederlassen könnte. So fressen uns andere Gemeinden den Speck weg.

Aus dieser Sicht finde ich es schade, dass die Denkarbeit und parteiübergreifende Arbeit der Zonenplankommission sang- und klanglos verpufft ist. Hat es einigen

Planungsbeamten nicht gepasst, dass die Grossstadtratskommission sich erfrecht hat, durch das Quartier Buchthalen zu wandern und sich etwas auszudenken? Im Grubental haben wir Planskizzen verlangt und auch vorgelegt erhalten; wir haben angeregt, wie die Stadtplanung vorgehen könnte: Umzonung von Gewerbezone zu Wohnzone, Reduktion von ZöBAG zu Wohnzone sowie Zusammenlegung von Einzelparzellenstreifen zur geeigneteren Überbauung. Meines Wissens sind diese Vorhaben am Schlaf des Ungerechten gescheitert. Oder wo sind die visionären Stadtplanungswürfe?

Zusammenfassend bin ich der Meinung, dass die Stadt sich stärker engagieren sollte und - wo möglich - dafür sorgen, dass neue Bauflächen für gehobene Ansprüche auf den Markt kommen. Im Vordergrund sollte die Reduktion von ZöBAG-Flächen und nicht die Einzonung von Landwirtschaftszonen stehen. Freihaltezonen sollten nicht zur Einzonung gelangen; man hört munkeln, die beste Wohnlage sei der Rebhang am Rhein; dies wäre sicherlich kein Thema für uns.

Dazu gehört ebenfalls, dass sich die Stadt - sofern möglich - dafür einsetzt, dass Bauflächen nicht mit Schachtelhäusern wie Kaninchenställe - Beispiel Pantli - oder neuen Blockquartieren wie an der Herblingerstrasse zugebaut werden. Ich weiss nicht, ob der Interpellant nach zwei Kleinen Anfragen und einer Interpellation irgendwann noch ein Postulat oder gar eine Motion nachreichen wird. "

Roland Schöttle, parteilos

Votum

"Die Ausführungen des Baureferenten Peter Käppler erklären, dass der Stadtrat nichts Konkretes zu einem konkreten Thema unternommen hat. Er gibt keine Erklärungen darüber ab, wie er diesen Mangel beheben will. Wenn vom Hofäcker gesprochen wird, scheinen dort die Verhandlungen ergeben zu haben, dass das Land von den Besitzern eigentlich für gehobenen *Einfamilienhauswohnbau* genutzt werden könnte.

Zu Bernhard Egli möchte ich Folgendes bemerken: Wenn vom Grubental gesprochen wird, so gibt es dort tatsächlich Gebiete, wo Landbesitzer die Bemühungen des Stadtrates blockieren. Um so mehr müsste sich der Stadtrat beispielsweise beim Hofäcker, wo die Bereitschaft besteht, einsetzen.

Ich kann nicht akzeptieren - und dies begründet der Interpellant in seinen Ausführungen mit der Bemerkung eines politischen Grundes, weshalb nichts unternommen wurde - wenn in den Fraktionen informativ oder informell gefragt wird, was bei Gegenwind passieren würde und man angesichts dieser Tatsache das Vorhaben nicht auf den Tisch bringen will.

Ich bin der klaren Meinung, dass nicht die Fraktionen in ihrer düsteren Stube darüber entscheiden, sondern wir hier im Grossen Stadtrat. Aber dies kann nur stattfinden, wenn der Stadtrat eine Vorlage bringt. Das Gebiet der Hofäcker soll dringend auf den Tisch gebracht werden, und zwar ist eine Erweiterung der Bauzone zum gehobenen Einfamilienhausbau in der Stadt Schaffhausen anzubieten. Es ist ein Missstand, der überall immer wieder erwähnt wird. Gezwungenermassen ziehen immer wieder Personen aus Schaffhausen weg und bezahlen ihre Steuern an einem anderen Ort. Dies muss behoben werden, und ich fordere den Stadtrat eindringlich auf, den vielen Vorstössen von Raphaël Rohner endlich nachzuleben und konkret im Sinne der Erschliessung von Land für Einfamilienhausbau zu handeln. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Schlusswort**

„Zuerst danke ich SR Peter Käppler für den ausführlichen Bericht. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass inhaltlich keine Differenzen vorhanden seien; aber es ist tatsächlich so wie Roland Schöttle soeben erwähnt hat, den Worten sollten nun Taten folgen. Sie haben gehört, dass auch Bernhard Egli, der solchen Vorstössen meistens sehr kritisch gegenübersteht, erkannt hat, dass es mir nicht darum geht, Betonwüsten zu erschliessen, sondern in der Stadt Schaffhausen Schönes zu entwickeln, das wachstumsorientiert ist und dazu führt, dass in Schaffhausen gebaut wird und Steuergelder generiert werden, was wiederum der Bauwirtschaft und dem Zuliefergewerbe Arbeitsplätze und Einnahmen erhält.

Wenn Sie die demographische Entwicklung des Bundesamtes für Statistik studieren, stellen Sie fest, dass der Region in den nächsten 20 - 30 Jahren bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen wie bisher primär eine Zuwanderung von Personen aus der Unterschicht und eine sehr starke Überalterung drohen.

Wollen wir diesen Herausforderungen gerecht werden, müssen wir auch die andere Schiene fahren. Ich bin überzeugt, dass wir punktuell, gezielt und mit einer sauberen Vorlage einen ersten Schritt in die richtige Richtung machen können. Ich habe keine Motion eingereicht, weil bereits ein Auftrag steht, nämlich ein Auftrag des Grossen Stadtrates; deshalb hat sich das Einreichen einer Motion erübrigt, der Auftrag wurde schon überwiesen.

Ich werde mir überlegen - sofern ich nochmals gewählt werde - in diesem Zusammenhang ein Postulat oder eine Motion zu formulieren, sofern nicht in absehbarster Zeit gehandelt wird. Die Aussage, in kleinen Landgemeinden sei das Bauland bereits erschlossen, stimmt nur teilweise; es wurde noch weiter eingezont, scheinbar wurde aber bereits viel früher vorausschauend gehandelt.

Das Beispiel Löhningen zeigt, dass in einer bestimmten Bauzone sehr schön und ansprechend gebaut wird und junge Leute mit Familien zuziehen, die dem Dorf wieder ein Leben geben und damit sicherstellen, dass die dörfliche Gemeinschaft mittel- und langfristig eine Existenzberechtigung hat. Dieses Anliegen ist auch mir ein tiefes Anliegen für die Stadt Schaffhausen.

Ich hoffe, dass wir nicht erst gegen Ende der nächsten Legislatur, sondern möglichst schon im nächsten Jahr konkrete Schritte vom Stadtrat unternommen werden. Wie von Roland Schöttle bereits erwähnt, bedürfen solche Geschäfte der Meinungsfreiheit im Parlament, wo über entsprechende Vorlagen diskutiert werden kann und eine prospektive städtebaulich zukunftsorientierte Politik des Stadtrates nachhaltig unterstützt werden kann. Es geht um die Zukunft unserer Stadt Schaffhausen.“

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen erwünscht sind.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT

Folgende persönliche Vorstösse wurden während der Sitzung eingereicht:

- Motion von Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040 vom 11.11.08

- Postulat von Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen vom 10.11.08

Beide Vorstösse erscheinen auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.

Ausblick auf die nächste Ratssitzung: Dienstag, 25.11.08, mit Beginn 16.00 Uhr und einer einstündigen Pause von 18.00 - 19.00 Uhr, ab 19.00 Uhr Wiederaufnahme der Beratungen, Haupttraktandum Budget 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen.

Das Postulat von Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisches Beschaffungswesen wird von Hanna Meister (SP) begründet.

Ernst Spengler (SVP), SPK-Präsident VdSR Weiterentwicklung der Altersbetreuung in der Stadt Schaffhausen, meldet dieses Geschäft für die Ratssitzung vom 9. Dezember 2008 verhandlungsbereit.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:40 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt